

## Rezensionen / Recensions / Recensioni

Jürgen Mischke, *Familiennamen im mittelalterlichen Basel. Kulturhistorische Studien zu ihrer Entstehung und zeitgenössischen Bedeutung*, Basel: Schwabe Verlag, 2015, 421 Seiten, 61 Abbildungen.

Im Hinblick auf das grosse Interesse an der Deutung und Erläuterung von Namen erstaunt es, dass zur Entstehung und Entwicklung von Zweitnamen bisher kaum adäquate kultur- und sozialwissenschaftliche Auseinandersetzungen existieren. Einzig die Habilitationsschrift von Christof Rolker (*Das Spiel der Namen*, 2016) und die hier rezensierte Dissertation von Jürgen Mischke leisten mit ihren akribischen Untersuchungen zu Familiennamen einen raren und daher umso wichtigeren Beitrag zur Erforschung und Analyse von Zweitnamen.

Mischkes Arbeit, 2014 an der Universität Basel als Dissertation eingereicht und mit Auszeichnung angenommen, bietet indes nicht nur einen kulturhistorischen, sondern darüber hinaus einen sprachwissenschaftlichen Zugang zur Thematik. Dabei ist der interdisziplinäre Zugang aufgrund von Mischkes Werdegang nur konsequent: Bereits zu Beginn seiner Dissertation arbeitete er bei der Forschungsstelle *Namenbuch Basel-Stadt* (Schwabe Verlag, 2016). 2012 übernahm er die Co-Leitung des Projekts und führte es Ende 2016 zu einem erfolgreichen Abschluss.

Die Arbeit gliedert sich in drei Teile. Da sich die historische Kulturwissenschaft bisher nur marginal mit Namen beschäftigt, widmet sich das erste Kapitel (*Namen erforschen*) der ausführlichen Etablierung theoretischer Grundlagen für eine kulturhistorische Namenforschung. So gelingt Mischke ein Brückenschlag zwischen den «strengerer linguistischen Erkenntnisversuchen des Wesens von Namen und offeneren kulturwissenschaftlichen Deutungsmodellen.» (S. 18) Dadurch kann er Namen allgemein als Phänomene zeitgenössischer Kultur interpretieren, was es ihm erlaubt, Familiennamen und ihre Entstehung nicht nur in einem sprachwissenschaftlichen, sondern ausdrücklich auch in einem kulturgeschichtlichen Kontext zu untersuchen und nachzuvollziehen.

Das zweite Kapitel (*Wandel und Umbrüche in Basel*) zeichnet den anthroponymen Wandel im Mittelalter am lokalen Exempel nach, ordnet diesen chronologisch ein und bietet erste mögliche Erklärungen für den Wandel. Als Grundlage dient ein Namenkorpus, das im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt *Namenbuch Basel-Stadt* entstand. Anhand dessen zeichnet Mischke die Entwicklung von rein deskriptiven, pragmatischen zu symbolbehafteten und identitätsstiftenden Zweitnamen nach. Eine eigentliche Analyse der Situation folgt im dritten und letzten Teil (*Namenkontexte in Basel*). Hier werden, ausgehend von den methodischen Grundlagen, wie sie im ersten Kapitel definiert wurden, Zweitnamen «auf ihre Funktionsweisen als Zeichensysteme und auf ihre kulturellen Verflechtungen» hin befragt, um sich so «über diachrone Vergleiche [...] einem kulturhistorischen Verständnis der damaligen Familiennamen» annähern zu können

(S. 214). Dieser Teil der Arbeit stützt sich auf ein Quellenkorpus, das hauptsächlich aus Urkunden aus dem 12. bis 14. Jahrhundert besteht. Der Fokus richtet sich auf Namenkontexte, um die erwähnten Bedeutungszusammenhänge nachzuvollziehen und deuten zu können. Die These, dass es kein «Zufall der Überlieferungsgeschichte, sondern [...] ein bedeutsames Indiz für die Erklärung des Aufkommens von Familiennamen» sei (S. 214 f.; ferner S. 373), dass diese nahezu ausschliesslich in normativen Quellen erscheinen, überzeugt indes nicht vollständig, wie auch an anderen Stellen bereits darauf hingewiesen wurde. Hier wäre eine ausführlichere quellenkritische Diskussion über die Zufälligkeit von Überlieferungsprozessen dringend angebracht.

In seiner eigentlichen Analyse gibt sich Mischke letztlich dezidiert zurückhaltend. So beobachtet er, ganz im Einklang mit bisherigen Forschungsergebnissen, dass auch in Basel der Ursprung der Zweinamigkeit beim Adel zu verorten ist und, von dort ausgehend, weitere Gesellschaftsschichten durchdrang. Er vermeidet es allerdings explizit, von einem gesunkenen Kulturgut zu sprechen oder die Entwicklung im Sinne einer Mode zu deuten, wie es die etablierte Forschung mitunter zu tun pflegt. Auch dass die Konzentration des Rufnamenschatzes der Zweinamigkeit vorausging, kann Mischke für Basel bestätigen. Doch auch zu diesem Aspekt gibt sich Mischke in seiner Analyse erneut zurückhaltender als die bisherige Forschung. Vielmehr plädiert er für ein differenzierteres Bild, wonach es sich bei der Entstehung der Zweitnamen um einen mehrsträngigen und vielschichtigen Prozess handle. Zentrale Faktoren für den anthroponymen Wandel seien demnach in einem sich gleichzeitig und referenziell artikulierenden Komplex von Umbrüchen zu finden, wie zum Beispiel in der erhöhten Bau- und Verwaltungstätigkeit, in der Konstruktion von natürlichen und juristischen Personen, wie aber auch in gesellschaftlichen Prozessen, zum Beispiel der Entwicklung eines pointierteren Selbstbewusstseins oder neuen Vorstellungen von transzendenten rechtsökonomischen Ansprüchen. All diese Entwicklungen und Fortschritte verlangten, so Mischke, nach einem System, welches die eindeutige Verweismöglichkeit auf eine Person und alle an diese Person gebundenen (erblichen) Ansprüche, wie Besitztümer, soziale Positionen und Ämter, Seelenheil und so weiter, sicherstellte.

Ganz in der mittlerweile gewohnt zurückhaltenden Art resümiert Mischke, dass es sich bei seinen Erkenntnissen letztlich um ein «Erklärungs- und Deutungsangebot» (S. 380) handelt, welches die Diskussion erweitern, keinesfalls aber abschliessen könne. Zu weitreichend und vielschichtig seien die kausalen Bedingungen hinter dem anthroponymen Wandel. Entsprechend liest sich die Arbeit als Plädoyer für mehr Interdisziplinarität und für die kritischere Beschäftigung mit monokausalen Deutungs- und Erklärungsmustern.

*Andreas Gehringer, New York / Universität Basel*

Peter Niederhäuser, *Krise, Krieg und Koexistenz. 1415 und die Folgen für Habsburg und die Eidgenossenschaft*, Baden: Hier und Jetzt, 2017, 247 Seiten, 32 Abbildungen.

Im April und Mai 2015 jährte sich die Eroberung des habsburgischen Aargaus durch eidgenössische Truppen zum 600sten Mal. Aus diesem Anlass führte das Historische Institut der Universität Bern vom 18. bis 20. Juni 2015 eine internationale Fachtagung unter dem Titel «Eroberung und Inbesitznahme – Conquest und Occupation» durch und diskutierte Besetzung und Inbesitznahme aargauischer Städte und Adelsherrschaften im Vergleich mit anderen gewaltsamen Herrschaftsaneignungen in Europa im ersten Viertel des 15. Jahrhunderts.<sup>1</sup> Peter Niederhäuser beteiligte sich mit einem Vortrag über Herzog Friedrich IV. von Österreich und die habsburgische Landesherrschaft im Schicksalsjahr 1415. Er zeigte auf, dass die Ursache für den während des Konstanzer Konzils (1414–1418) eskalierenden Konflikt zwischen König Sigismund aus dem Hause Luxemburg und Friedrich IV. nicht – wie dies die eidgenössische Geschichtsschreibung seit dem 15. Jahrhundert kolportierte – die Fluchhilfe des Herzogs für den abgesetzten Papst Johannes XXIII. gewesen sei. Vielmehr habe sich der König vor versammelten Reichsfürsten «zum Anwalt» jener geistlichen und weltlichen Herren gemacht, «die im Tirol oder in den Vorlanden unter habsburgischem Druck standen». Das bis heute verbreitete Bild Friedrichs IV. von Österreich als erfolglos agierender Herzog «mit der leeren Tasche» revidierte er damit durch ein Geschichtsbild, das den Habsburger als durchaus erfolgreichen Territorialherren zeigt, dessen zahlreiche Gegnerschaft in Sigismund von Luxemburg einen wirkungsmächtigen Verbündeten fand.

Mit dem vorliegenden Band knüpft Peter Niederhäuser an die 2015 aufgegriffene Thematik an mit dem Ziel «das wenig schmeichelhafte, vor allem von der südwestdeutsch-eidgenössischen Chronistik des späten Mittelalters geprägte Bild eines hochnäsigen, hinterlistigen und jähzornigen Fürsten» zu hinterfragen und zu differenzieren. Dazu versammelt er eine Autorin und elf Autoren, die in insgesamt 17 meist kürzeren Beiträgen den aktuellen Forschungsstand zur Politik Friedrichs IV. von Österreich von 1404 bis 1439 und die Folgen des am 30. März 1415 vom König ausgerufenen «Reichskriegs» für die österreichischen Herrschaftsinhaber in den Gebieten westlich des Arlbergs referieren. Indem Niederhäuser die eidgenössischen Orte aus der Betrachtung ausklammert, ermöglicht er eine veränderte Sichtweise mit dem Ergebnis, dass die durch Sigismund erzwungene Huldigung der habsburgischen Gefolgschaft für die Mehrheit der betroffenen Städte und adligen Herrschaftsträger lediglich Episode blieb und keine dauerhafte Loslösung von Friedrich IV. bedeutete. Mit Ausnahme des Aargaus (Bruno Meier) und Schaffhausens (Oliver Landolt), das den 1415 erlangten Status einer Reichsstadt behaupten konnte, gin-

<sup>1</sup> Die Tagungsbeiträge wurden publiziert in: Christian Hesse, Regula Schmid und Roland Gerber (Hg.), *Eroberung und Inbesitznahme. Die Eroberung des Aargaus 1415 im europäischen Vergleich*, Ostfildern 2017.

gen bis 1449 alle zu Beginn des 15. Jahrhunderts unter österreichischer Herrschaft stehenden Städte und Adelherrschaften wieder an Habsburg. Beim Tod des Herzogs am 24. Juni 1439 hinterliess er seinem unmündigen Sohn Sigismund mit Ensisheim (Heiratsgut Katharina von Burgunds von 1406 bis 1427) und Innsbruck zwei Residenzen sowie «übertolle Taschen», alimentiert aus den Einkünften der neu erschlossenen Silberminen im Tirol (Gustav Pfeifer).

Die vorliegende Aufsatzsammlung macht deutlich, dass Friedrich IV. von Österreich, nachdem er sich als jüngster von vier rivalisierenden Brüdern zwischen 1404 und 1411 als Regent von Tirol und den Vorlanden hatte durchsetzen können (Alois Niederstätter), erfolgreich an die Erwerbs- und Territorialpolitik seiner Vorgänger anknüpfte und die habsburgische Landesherrschaft nach längerer Abwesenheit wiederherzustellen begann. Ausdruck seines Erfolgs war, dass territoriale Konkurrenten wie die Markgrafen von Baden oder eigene Gefolgsleute – wozu auch der 1412 abgesetzte Landvogt Hermann von Sulz gehörte – um ihre zwischen 1393 und 1411 usurpierte Machtstellung fürchteten. König Sigismund nutzte diese Rivalitäten, um seine politischen Interessen auf Kosten Friedrichs IV. durchzusetzen. Mit der «Enteignung» des Herzogs beabsichtigte der König jedoch weniger, seine eigene herrschaftliche Stellung am Ober- und Hochrhein auszubauen. Vielmehr bedeutete seine zwischen Repression und Ausgleich lavierende Politik in erster Linie ein äusserst lukratives Geschäft. Während Friedrich IV. allein für seine Wiedereinsetzung als Herzog 1418 nicht weniger als 50'000 Gulden an die königliche Kammer entrichten musste, erbrachten die wiederholte Verleihung neuer und Bestätigung alter Privilegien, die Ablösung von Pfandschaften sowie die Erhebung von Kontributionen und Kriegssteuern weitere Einnahmen ungefähr in der gleichen Höhe. Zudem nutzten ehemals habsburgische Städte wie Winterthur (Peter Niederhäuser), Rapperswil (Basil Vollenweider), Waldshut, Rheinfelden und Laufenburg (Andre Gutmann) die Verhandlungen über eine Rückkehr unter österreichische Herrschaft, um von Friedrich IV. weitergehende Autonomie zu erlangen (Rathausneubauten in Rapperswil 1419 und Winterthur 1435). Andere wie das exponiert gelegene Freiburg im Uechtland (Willy Schulze), Villingen im Schwarzwald oder die Städte im Elsass und Sundgau (Dieter Speck) blieben von der Politik Sigismunds zwar weniger beeinträchtigt, mussten sich jedoch in lokalen Fehden behaupten. Als Freiburg im Breisgau schliesslich sogar die Bündnis- und Steuerfreiheit einforderte, war Friedrich IV. jedoch zu keinen Zugeständnissen mehr bereit. Am 13. März 1428 huldigte ihm der Rat, noch bevor der Herzog die städtischen Privilegien bestätigt hatte. Auch Basel, das sich trotz Aufforderung des Königs nicht am Reichskrieg beteiligte und deshalb – ganz im Unterschied zu den eidgenössischen Orten – keine territorialen Gewinne machte, arrangierte sich 1420 mit dem Habsburger (Bettina Fürderer).

Die von Peter Niederhäuser publizierten Beiträge gewähren einen vielfältigen und erkenntnisreichen Einblick in die Handlungsmöglichkeiten, welche die von König Sigismund am 30. März 1415 in Konstanz verkündete «Befehdung» – wie Günter Katzler die quasi Ächtung Friedrichs IV. bezeichnet – für die verschiedenen österreichischen Herr-

schaftsinhaber westlich des Arlbergs eröffnete. Zwar werden keine wesentlich neuen Forschungsergebnisse präsentiert, da sich die Autorin und Autoren bereits zuvor einschlägig zu den behandelten Themen geäußert haben. Das einseitige Bild Herzog Friedrichs IV. von Österreich als gescheiterter Landesfürst, der seit dem Konstanzer Konzil als «Zerstörer der Christenheit und des Heiligen Konzils» gebrandmarkt wurde (Rudolf Gamper), gehört damit jedoch endgültig zu den überholten Meistererzählungen der südwestdeutsch-eidgenössischen Geschichtsschreibung.

Roland Gerber, Bern

Rudolf Gamper, **Joachim Vadian, 1483/84–1551. Humanist, Arzt, Reformator, Politiker**, Zürich: Chronos, 2017, 391 Seiten, 200 Abbildungen.

Am 28. Oktober 2017 war die Stadtkirche St. Laurenzen in St. Gallen gut besetzt. Rudolf Gampers Vadian-Biografie wurde festlich vorgestellt. Das bis dahin massgebende zweibändige Werk von Werner Näf *Vadian und seine Stadt St. Gallen* erschien 1944 und 1957. Trotz der Verdienste dieser monumentalen Publikation ist es heute überholt. In jahrelanger Arbeit hat Gamper die Vadian-Forschung nachgeführt. Als Verantwortlicher für die Vadianische Sammlung seit 1995 erwarb er sich umfassende Quellenkenntnisse. Das neue Buch wird ein Referenzwerk bleiben.

Vereinzelt gibt es auch kritische Stimmen. Der Journalist Rolf App schrieb im St. Galler Tagblatt, Gamper kenne die Materie «wie kein Zweiter». Er verstehe es aber nicht, das Leben dieser «äussert farbige[n] Figur, Machtpolitiker und Gelehrter zugleich», spannend zu erzählen. Immer wieder verliere er sich «in der Vielfalt der Themen». Er isoliere seinen Gegenstand zu sehr und bette ihn zu wenig in die Geschehnisse ein. «Denn», so Rolf App, «was sich da abgespielt hat, war ja Weltpolitik im Kleinen.»

Diese Kritik ist unzutreffend, hilft jedoch, die Absicht der Veröffentlichung besser zu erfassen. Im ersten Kapitel, in dem es um die bisherige Vadian-Forschung geht, referiert Gamper unter anderem über das seinerzeit erfolgreiche Buch Johannes Nincks von 1936 *Arzt und Reformator: Vadian. Ein Charakterbild aus grosser Zeit nach den Quellen entworfen*:

Es war eine populäre, flüssig geschriebene und reich mit Abbildungen ausgestattete Darstellung von Vadians Leben, aufgrund breiter Quellenkenntnis verfasst und mit vielen eingestreuten Zitaten aus Briefen und Werken in guten Übersetzungen abwechslungsreich gestaltet. Zu überzeugen vermochte sie dennoch nicht. Der erste Satz lautet: «Joachim von Watt gehört zu den grossen Führerpersönlichkeiten der Vergangenheit.» Von dieser Voraussetzung ausgehend verlieh Ninck seinem Helden strahlenden Glanz von der Studentenzeit in Wien bis in die späten Jahre in St. Gallen, indem er nach der Art historischer Romane seine Quellen selektiv auswertete, sie unkritisch interpretierte, Zwischentöne eliminierte und Vadians Bedeutung über-

höhte; die erbauliche Komponente der Darstellung verdeckt immer wieder die historischen Zusammenhänge. (S. 15.)

Gamper zeigt hier präzise, dass es ihm in seiner eigenen Arbeit nicht um Heldenverehrung geht. Eine Wendung wie «grosse Führerpersönlichkeit» (und dies im Jahr 1936!) liegt ihm nicht. Vadian ist für ihn bei aller Wertschätzung keine Lichtgestalt und muss sich auch Kritik gefallen lassen. Das hier anzuzeigende Buch ist kein historischer Roman. Es fehlt nicht an Zwischentönen. Gamper will nicht erbauen, sondern informieren. Immer wieder gibt es Stellen, an denen er trocken feststellt, dieses oder jenes wisse man eben nicht; da keine glaubwürdigen Quellen zur Verfügung stünden, müsse eine Frage offenbleiben.

Gampers langjährige Praxis als wissenschaftlicher Bibliothekar ist sein grosser Vorteil. Um ein Dokument datieren zu können, analysierte er das Papier und studierte die Wasserzeichen. Eine seiner Stärken besteht darin, dass er bei den von ihm herangezogenen alten Büchern nicht nur deren Inhalt auswertet, sondern auch, was deren Leser von Hand am Rand oder zwischen den Zeilen hineingeschrieben haben – eine relativ neue Methode.

Beispielhaft ist, wie Gamper mit der zweisprachigen (griechisch und lateinisch) Neuausgabe des Neuen Testaments des Erasmus umgeht. Die epochemachende Publikation erschien 1516 in Basel, in zweiter Auflage 1519. Vadian hat diese sogleich angeschafft. Seltenerweise ist der erste Band mit dem eigentlichen Bibeltext (beim zweiten Band handelt es sich um einen Kommentar) von den St. Gallern verkauft worden (wohl im 19. Jahrhundert) und befindet sich heute in Leipzig. Gamper zeigt, wie viel dieser Band von der beginnenden Reformation in St. Gallen verrät. Der grosszügige Vadian liess auch andere in den kostspieligen Büchern lesen. Der gelehrte Dominik Zili – zunächst Schulmeister der Stadt, später Pfarrer an St. Laurenzen – versah sie ebenfalls mit Annotationen.

Deren genaue Analyse zeigt, dass Vadian und seine Freunde nicht alle Teile des Neuen Testaments gleich sorgfältig lasen. Da dort keine handschriftlichen Anmerkungen vorkommen, darf man annehmen, dass sie sich nicht für die Johannesoffenbarung interessierten. Sie waren keine Apokalyptiker und hielten es wie Luther, Zwingli und Calvin, die das letzte Buch der Bibel ebenfalls auf die Seite schoben. Das Studium des Apostels Paulus und in erster Linie seines Römerbriefs stand für sie im Zentrum – wie es sich auch bei Luther verhielt: In einem späten Rückblick bekennt dieser, sein reformatorischer Durchbruch sei erfolgt, als er eine Vorlesung über den Römerbrief hielt. Hier habe er den zentralen Satz gefunden: «So halten wir nun dafür, dass der Mensch gerecht werde ohne des Gesetzes Werke, allein durch den Glauben.» (Röm 3,28)

Analog ist es bei Zwingli: Kaum war das Neue Testament des Erasmus erhältlich, lieb er es sich aus. Sein Gehalt war noch zu klein, als dass er es hätte kaufen können. Die Briefe des Apostels Paulus und besonders den Römerbrief schrieb er jedoch eigenhändig ab und lernte einen grossen Teil davon auf Griechisch auswendig. So wichtig waren sie

ihm. – Und damit zurück zu Vadian: Gamper kann anhand der handschriftlichen Einträge nachweisen, dass dieser und seine Freunde den Römerbrief gemeinsam intensiv durcharbeiteten – und dies lange, bevor ein von aussen wahrnehmbares Reformationsgeschehen in St. Gallen anfang.

Die Qualität des hier anzuzeigenden und nicht genug zu empfehlenden Buchs besteht in seiner Nüchternheit. Vadian verliert bei dieser Darstellungsweise nichts. Deutlicher als in früheren Darstellungen wird sein fruchtbares Wirken als Humanist in Wien, wo er es bis zum Universitätsrektor brachte. Zurück in St. Gallen, wo er bald hohe politische Ämter übernahm (achtmal war er Bürgermeister), wirkte er bei der Einführung der Reformation als Teamplayer. Seine überdurchschnittlich hohen theologischen Kenntnisse stellte er den St. Galler Pfarrern und anderen selbstlos zur Verfügung. Aus heutiger Sicht ist schade, dass er sich mit seiner Auffassung nicht durchsetzen konnte, wonach die Unterschiede in der Abendmahlslehre zwischen Lutheranern und Reformierten nicht kirchentrennend sind. Anders als das mächtige Zürich und das noch mächtigere Bern (die den Lutheranern um keinen Deut nachgeben wollten) hätte Vadian 1536 die so genannte «Wittenberger Konkordie» unterschrieben. Es hätte dies die konfessionelle Landkarte in Europa stark verändert. (Erst 1973 – mehr als 400 Jahre später – wurde der innerprotestantische Friedensschluss in der jetzt so genannten «Leuenberger Konkordie» nachgeholt.)

Ein Letztes: Rudolf Gamper zeigt, dass Vadian als Historiker – seine Chroniken sind von bleibender Bedeutung – Weiterführendes erarbeiten konnte, weil er mit den Quellen mit äusserster Exaktheit umging und weil er nicht bloss «Zustände», sondern «Entwicklungen» beschrieb. In dieser Hinsicht war er «modern». – Wer die Vadian-Biografie Gampers liest, wird bereichert.

Frank Jehle, St. Gallen

Kaspar von Greyerz, Anne Conrad (Hg.), **Handbuch der Religionsgeschichte im deutschsprachigen Raum. Band 4: 1650–1750**, Paderborn, München, Wien, Zürich: Ferdinand Schöningh, 2012 (Handbuch der Religionsgeschichte, Hg. von Peter Dinzlacher), 483 Seiten, 44 Abbildungen und 12 Farbtafeln.

Der Band ist Teil des von Peter Dinzlacher herausgegebenen *Handbuches der Religionsgeschichte im deutschsprachigen Raum* und befasst sich mit dem Zeitraum von 1650 bis 1750. Das insgesamt sechsbändige Handbuch behandelt die Zeit von der Antike bis zur Gegenwart aus der Perspektive von HistorikerInnen, wobei auch interdisziplinäre Aspekte – vor allem aus kunst- kirchen- und architekturhistorischer, literaturwissenschaftlicher und volkskundlicher Perspektive – berücksichtigt werden. Die vier Beiträge des Bandes befassen sich mit den drei christlichen Gross-Konfessionen Katholizismus (Anne Conrad), Luthertum (Sabine Holtz) und Reformiertentum (Kaspar von Greyerz) – so die Begrifflichkeit der Beiträge – sowie mit aschkenasisch-jüdischer Religiosität (Avriel Bar-Levav). Diese Aufteilung mit ihrem stark konfessionsorientierten Ansatz geht auf den

ursprünglich vorgesehenen Band-Herausgeber Hans-Christoph Rublack zurück. Nach dessen Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen übernahm zunächst Kaspar von Greyerz den Band und entwickelte diese Konzeption weiter in eine mehr kultur- und mentalitätsgeschichtliche Richtung. Der vorliegende Band setzt den Dreissigjährigen Krieg und die Aufklärung als zeitliche Grenzen und, so heisst es im knappen Vorwort, als «sachlich begründeten Orientierungsrahmen». Der Band ist mit einem Personen- und einem Ortsregister versehen; ein Sachregister, das für die Erschliessung der zahlreichen Themen eigentlich unerlässlich wäre, fehlt leider.

Wie das Handbuch insgesamt, ist auch dieser Band einem religionsphänomenologischen Ansatz mit beschreibendem Schwerpunkt verpflichtet. Was das genau heisst für den hier behandelten Zeitraum und wie die HerausgeberInnen auf der Grundlage ihrer langjährigen Forschungen Religion in Gesellschaften der Frühen Neuzeit fassen würden, wird nicht explizit ausgeführt. Auch vom gesamten Handbuchwerk her sind die Ziele des vierten Bandes nicht näher zu bestimmen. Schade, dass der so reiche Informationsteil nicht durch Ausführungen zur eingangs angedeuteten Entwicklung des Konzeptes – von einer stark konfessionsorientierten hin zu einer kultur- und mentalitätsgeschichtlichen Sichtweise – ergänzt wird; diese eigentlich unerlässlichen konzeptuellen Ausführungen würde man sich dann wenigstens separat als Aufsatz wünschen.

Allen drei Beiträgen zu christlichen Konfessionen liegt ein gemeinsames Gliederungsschema zugrunde: Eine Einleitung mit zwei Teilen bietet eine Einführung in den jeweiligen Forschungskontext sowie in die historischen Rahmenbedingungen; das jeweilige Konfessionalisierungs-Paradigma wird diskutiert sowie ergänzend mit Debatten zur Volkskultur verarbeitet. Der mit «Historische Phänomenologie» überschriebene Hauptteil präsentiert jeweils eine Fülle von differenziert aufgeschlüsselten Informationen und Beispielen, die systematisch einer weitgehend analogen Palette von Themen zugeordnet sind: Medien der Glaubensvermittlung, Vermittler, Vorstellungswelten, Glaubenserfahrungen, Zeichen des Sakralen, Wort (nur für Luthertum und Reformiertentum), Raum und Lebensphasen. Im Beitrag zum Katholizismus findet sich weiterhin ein Abschnitt zu neuen Orden, in dem auch die neuen weiblichen Orden ausführlich behandelt sind und ansatzweise eine Geschlechtergeschichte eines Teilbereichs von Religion entfaltet wird – soweit es der Forschungsstand zulässt; die Kontinuitäten und Wandlungsprozesse der älteren Orden bleiben unberücksichtigt. In den Artikeln über die protestantischen Konfessionen wird der Pietismus mit erwähnt; konfessionelle Minderheiten wie die Täufer, Schwenckfelder, Sozinianer bleiben ausdrücklich unberücksichtigt. Die Folgen des Dreissigjährigen Krieges in religiösen Hinsichten ebenso wie die Aufklärung sind kein Thema.

Anders setzt der Beitrag zu «Ausdrucksformen jüdischer Religiosität in Deutschland zu Beginn der Neuzeit» an: Ausgehend von Debatten zur Geschichte der deutschen Juden werden kulturelles Kapital und Habitus als Voraussetzungen für eine Annäherung jüdischer und christlicher Lebensweisen diskutiert. Von da aus, so das Ziel, soll die ab der Aufklärung erfolgende Integration der aschkenasischen deutschen Juden in die deutsche



Kultur erklärbar werden. Ein Akzent liegt dabei auf der Unterschiedlichkeit und Vielfältigkeit des religiösen Lebens der Juden in Aschkenas; die Minderheit der im deutschsprachigen Raum lebenden sephardischen Juden findet keine Erwähnung. Dieser Beitrag untersucht Prozesse der Ritualisierung des religiösen Lebens sowie einer Umschichtung kulturellen Kapitals zugunsten von Nichtgelehrten an einigen Beispielen genauer. Damit lässt er sich in die in der Frühneuzeitforschung generell wichtigen Forschungsfelder zu ritualisierten Lebensweisen und zum Umgang mit Ressourcen einordnen.

Der Band enthält also zwei ganz unterschiedliche Formate von Beiträgen, die formal wie inhaltlich verschiedenen Konzepten folgen: Im einen Fall (christliche Gross-Konfessionen) wird die Forschungsdiskussion separat und gebündelt geboten und die Informationen davon weitgehend getrennt, sodass für die vielen konkreten Themen der jeweiligen faktenorientierten Hauptteile kaum auf die jeweiligen Forschungslücken und -probleme aufmerksam gemacht werden kann. Im anderen Fall (aschkenasische Juden) ist der Artikel als Forschungsbeitrag geschrieben: Ein Argument wird nachvollziehbar und in Forschungsdiskussionen eingebettet präsentiert, wobei die Informationen darin integriert sind. Inhaltlich wird Religion im einen Fall (christliche Gross-Konfessionen) von klaren Grossgruppen und deren Grenzen her verstanden. Im anderen Fall (aschkenasische Juden) wird Religion unter den Gesichtspunkten von Ritualisierungsprozessen und Umschichtungen von kulturellem Kapital untersucht. Damit sind mehrere Möglichkeiten der Thematisierung von Religion für die Frühe Neuzeit angesprochen, die auch fruchtbar ins Gespräch miteinander gebracht werden können – eine der spannenden Forschungsperspektiven, die der Band eröffnet.

Das den ersten drei Beiträgen implizit zugrunde gelegte Religions-Konzept geht von christlich-kirchlichen Verhältnissen aus und orientiert sich dabei an einem bestimmten Spektrum innerchristlicher Prozesse und ihren politisch- und kirchlich-institutionellen Verflechtungen. Kultur- und Mentalitätsgeschichte wurde auf der Ebene der jeweiligen konfessionellen beziehungsweise religiösen Grossgruppen mitberücksichtigt. Hingegen finden in diesem Ansatz nichtchristliche Religionsverständnisse (etwa jüdische) oder Beziehungen zwischen religiösen Gruppen – von christlichen Gruppen untereinander oder von christlichen Gruppen mit nichtchristlichen (jüdischen oder muslimischen) – keinen Platz, die Kriege mit den Osmanen sowie entsprechende Propaganda werden zum Beispiel nicht thematisiert. Wie wäre es, wenn man das Verhältnis umkehren und den Konfessionalisierungsansatz von der Kultur- und Mentalitätsgeschichte her reflektieren würde? Dies könnte vermutlich zu einem anderen, integrativeren und beziehungsorientierten Religions-Konzept führen – eine wichtige Anregung, die der Band mit dem Nebeneinanderstellen von Religionsgruppen bietet. Der Ansatz des letzten Beitrags unterscheidet sich davon deutlich, ist er doch von vornherein im Kontext einer christlich-jüdischen Beziehungsgeschichte angesiedelt. Ohne weiteres lassen sich die Konzepte der Ritualisierung und des kulturellen Kapitals auch auf die christlichen Bevölkerungen und

ihre religiösen Strukturen und Prozesse übertragen. Hier eröffnen sich spannende Forschungsperspektiven, deren Potential noch auszuloten ist.

Insgesamt bietet der Band ausserordentlich reiche Informationsmöglichkeiten. Zudem zeigt er unterschiedliche Möglichkeiten, mit dem für die Frühe Neuzeit in vieler Hinsicht grundlegenden Thema Religion umzugehen und – ebenfalls sehr wichtig – einen Handbuchartikel zu gestalten. Die Darstellung lässt überraschend viele Gemeinsamkeiten der christlichen Gross-Konfessionen hervortreten – etwa die bestimmende Rolle von Katechismen, Gebets- und Liederbüchern, Erbauungsliteratur, die Verbreitung meditativer und mystischer Zugänge, die Rolle von Dämonen, Teufeln und Engeln, ein religiöses und auf göttliche Leitung orientiertes Geschichts- und Gesellschaftsverständnis oder auch die Botschaften, die von kirchlicher Architektur und Innenausstattung transportiert wurden (und werden). Das für alle Konfessionen gleiche Frageraster macht eine Fülle von Ähnlichkeiten deutlich, sodass von diesem beschreibenden Ansatz her Konfessionalisierung auch als Produktion von strukturellen Analogien sichtbar wird. Alle Beiträge zusammen zeigen, wie entscheidend Texte und der Umgang mit Schriftlichkeit als Ressource waren und wie ungleich diese Ressourcen zwischen verschiedenen AkteurInnen der jeweiligen Gruppen verteilt waren – und dass dies im behandelten Zeitraum ein zentrales Handlungs- und Konfliktfeld ebenso wie ein Feld grundlegender Veränderungsprozesse war. Damit ist ein wichtiges Nachschlagewerk vorgelegt, das ein grosses Potential für neue und veränderte Blickwinkel auf Religion aufzeigt.

*Gabriele Jancke, FU Berlin*

Pascal Pauli, **Klosterökonomie, Aufklärung und «Parade-Gebäude»**. Der Neubau des Klosters Muri im 18. Jahrhundert, Zürich: Chronos, 2017 (Murenser Monografien, Bd. 1), 319 Seiten, 20 Abbildungen.

Vermutlich die meisten Besucher, die sich vom Bahnhof her dem ehemaligen Kloster Muri nähern, werden sich über den gigantischen 220 Meter langen vierstöckigen Bau wundern, der sich ihnen beim Aufstieg entgegengestellt und vorerst die Kirche, das eigentliche Zentrum des Klosterbezirks, verdeckt. Er beherbergt heute ein grosses Pflegeheim, Verwaltungsbüros und verschiedene kulturelle Institutionen. Der vom Architekten Valentin Lehmann 1789 begonnene und bis 1798 weitergeführte Monumentalbau war aber nur der vollendete Teil einer noch grösser geplanten Anlage, die ein komplettes Geviert mit etwa 200 Räumen umfassen sollte. Noch mehr staunt man, wenn man die Geschichte des Baus verfolgt. Er war nämlich für damals bloss 41 Mönche geplant, also eigentlich viel zu gross. Dazu kommt, dass allgemein der barocke klösterliche Bauboom seit etwa 1770 merklich abgeflaut war, ja fast aufgehört hatte. Die berühmten «Klosterschlösser» standen damals alle schon, in Muri aber wurde mit dem Bau ausgerechnet in einer unsicher werdenden Zeit begonnen: Eben war die Französische Revolution ausgebrochen. War der repräsentative Bau wie bei vielen anderen Klöstern eine Folge der kaiserlichen Ernennung des Abtes zum Fürsten? Diese hatte aber schon fast ein Jahrhundert

vorher stattgefunden. War der Bau also blosses Imponiergehabe? Den Klöstern wehte damals, im Zeichen der Aufklärung, ein steifer Wind entgegen: In Österreich waren wenige Jahre vor Baubeginn von Joseph II. schon Hunderte Klöster aufgehoben worden und überall wurden Stimmen laut, welche die Nutzlosigkeit dieser Institutionen behaupteten und ihre Auflösung forderten. Wollte man in Muri in einer Art Trotzreaktion beweisen, dass man mit der Zeit ging, etwa indem man die vielen Räume für Schulzwecke zu nutzen beabsichtigte? Und wie konnte der Bau, für den total rund 450'000 Gulden veranschlagt wurden, überhaupt finanziert werden?

Fragen über Fragen also. Sie veranlassten Pascal Pauli zu einer umfassenden Untersuchung. Er nähert sich einer möglichen Antwort auf verschlungenen Wegen, mit vielen Nebenpfaden, die zum Teil das Ziel fast aus dem Auge lassen. Das hat aber offenbar auch damit zu tun, dass in Hinblick auf das im Jahre 2027 stattfindende tausendjährige Gründungsjubiläum von einer entsprechenden Stiftung eine ausführliche Darstellung der Klostersgeschichte in Einzelmonographien beabsichtigt ist, denn der vorliegende Band ist der erste einer neuen Reihe. Der Autor behandelt zunächst die 1701 erfolgte Fürstung des Klosters unter Abt Plazidus Zurlauben und geht dabei auf die bekannten Beziehungen zu den Habsburgern und die damaligen politischen Verhältnisse ein. Alsdann sucht er anhand der Bücherkäufe das Verhältnis des Klosters, beziehungsweise des Bauherrn, Abt Gerold II. Meyer, zur Aufklärung zu eruieren, ohne jedoch eine eindeutige Antwort zu finden. Als spezifisch aufklärungsfreundlich aber kann Muri sicher nicht gelten. Das vierte Kapitel des Buches handelt von der klösterlichen Ökonomie und ist meiner Meinung nach eines der wichtigsten, weil wir über dieses Feld allgemein noch sehr wenig wissen: Kaum eine der unzähligen Klostersgeschichten hielt es bislang für darstellungswürdig. Das Kloster Muri betrieb nach 1700 bis ins Reich hinein (Herrschaft Glatt) eine systematische Politik des Güteraufkaufs zulasten des verschuldeten Adels, bis ihm dies durch politische Gegenmassnahmen verunmöglicht wurde. Hernach gab es flüssige Mittel als Darlehen aus. Mit beidem steigerte es seine laufenden Einnahmen kräftig und wurde reich. So ging Gerold II. also mit seinem Projekt kein finanzielles Wagnis ein; er gedachte den Bau mit einem Teil der jährlichen Einnahmen finanzieren zu können. Was unter normalen Verhältnissen vermutlich möglich gewesen wäre! Die eigentliche Baugeschichte des Klosters wurde schon von Georg Germann im Rahmen der «Aargauischen Kunstdenkmäler» erarbeitet und dazu kann Pauli, obschon er auch kunsthistorisch gut bewandert ist, nur noch einige kleinere Korrekturen und Ergänzungen anbringen. Ihm geht es ja, wie er in der Einleitung erwähnt, um die Architektursoziologie, das heisst darum, den Bau in seinen sozialen und ökonomischen Kontext zu stellen. Dass er in der Helvetik nicht mehr weitergeführt werden konnte, ist angesichts der damaligen Umwälzungen ohne weiteres nachvollziehbar. Aber auch in den ruhigeren Zeiten danach blieb baulich alles beim Alten. Die finanzielle Basis war nun erheblich geschrumpft und Pläne, die leer stehenden Räume für ein kantonales katholisches Gymnasium oder ein Priesterseminar zu nutzen, liessen sich trotz aller Anstrengungen, in die auch der Nuntius involviert war, aus verschiedenen

Gründen nicht realisieren. Nur die vor allem dem eignen Nachwuchs dienende Klosterschule florierte und konnte die Schülerzahl bis 1835 verdreifachen – erstaunlich in einer Zeit ziemlicher religiöser Dürre. Sonst allerdings lässt die Darstellung Paulis eher Vorboten der späteren Aufhebung erkennen, insbesondere durch einen massiven Staatsinterventionismus des jungen Kantons Aargau.

Die Arbeit von Pascal Pauli bietet sehr viele Perspektiven zur Klostersgeschichte allgemein; den Ausführungen zur Ökonomie und der Bauorganisation folgt man mit Spannung. Das Werk beruht auf einem imponierenden Quellenkorpus, namentlich aus dem Aargauischen Staatsarchiv und dem Stiftsarchiv Muri-Gries, dazu nicht weniger als 15 weiteren Fundstätten. Hingegen weist die Literaturverarbeitung einige Lücken auf. So kennt der Verfasser die 1980 in deutscher Übersetzung erschienene zweibändige Gesamtdarstellung von Germain Bazin offenbar nicht. In ihr wurden aber sehr viele Fragen, die auch für Pauli relevant waren (z. B. die Stellung der Klöster zur Aufklärung), meines Wissens zum erstenmal diskutiert. Für das nicht spannungsfreie Verhältnis der Klöster zu den untertänigen Bauern hätte das Buch «Innovative Bauern» von Andreas Ineichen Material aus dem benachbarten Luzern geboten. Zum Kreditwesen der Klöster hat Martina Spies schon 2007 eine interessante Monographie geliefert, einige Beachtung findet das kirchliche Kreditwesen neuerdings auch im französischen und angelsächsischen Raum. Die Qualität der Abbildungen, sowohl der Äbteporträts wie der wichtigen Baupläne, ist erbärmlich schlecht. Die Bezifferung der Räume bei Letzteren ist selbst mit einer Lupe nur mühsam zu lesen, so dass die beigegebene Legende (obschon, wie der Verf. anmerkt, zu einer anderen Planserie gehörend) wertlos ist. Doch mindern diese kritischen Hinweise den Wert der bemerkenswerten und reichhaltigen Studie von Pauli nur wenig.

*Peter Hersche, Ursellen / Bern*

Hans Ulrich Jost, **Von Zahlen, Politik und Macht. Geschichte der schweizerischen Statistik**, Unter Mitarbeit von Carlo Malaguerra, Zürich: Chronos, 2016, 175 Seiten.

Statistiken bilden nicht einfach Realitäten ab, es sind gemachte Realitäten. Das kann bei der Lektüre des vorliegenden Buches wieder bewusst werden, das die älteren Arbeiten weiterführt, die von Thomas Busset und Hans Ulrich Jost bereits 1995 vorgelegt worden sind. An der Ausarbeitung der jetzt vorliegenden Publikation ist Carlo Malaguerra, Direktor des Bundesamts für Statistik (BFS) und zentraler Akteur der Reformphase der Jahre 1987 bis 2001, beteiligt. Das Werk verfolgt die Entwicklung des Bundesamts und zeigt, wie die statistische Arbeit einerseits eine Professionalisierung erfährt und andererseits stets unabhängig bleibt, aber doch auch politischen Erwartungen ausgesetzt ist. Die vorliegende Studie befasst sich vor allem mit den Voraussetzungen der öffentlichen Statistik, sie interessiert sich im Prinzip aber auch für die Auswirkungen der öffentlich gemachten Zahlen. Die Rezeption der Statistiken insbesondere durch die Medien wäre ein eigenes Kapitel.

Ein besonderer Strang der allgemeinen Entwicklungsgeschichte ergibt sich aus der Ausföcherung der statistisch erfassten Bereiche, ausgehend von der klassischen Bevölkering-statistik bis hin zu komplexen, mit Verknüpfungen arbeitenden Fragestellungen etwa zum Lebenskostenindex, zur Arbeitsmobilität oder zur regionalen Disparität und Nachhaltigkeit. In verschiedenen Momenten der über 150-jährigen Geschichte wird deutlich, wie sehr der sich wandelnde gesamtgesellschaftliche Kontext für die Arbeit bestimmend war. Dazu gibt Jost etwa das folgende Beispiel: Erst im Jahr der Einführung des Frauenstimmrechts (1971) beginnt die Beschäftigungsstatistik des BIGA (Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit) nach Männern und Frauen zu unterscheiden und eine Differenzierung vorzunehmen, «die schon Jahrzehnte früher hätten eingeföhrt werden sollen» (S. 90).

Weitere Erzählstränge betreffen die zur Verfügung stehenden Ressourcen (Personal und Budgets) sowie die aufeinanderfolgenden Direktoren, später auch einer Direktorin. Diese scheinen einen bemerkenswert grossen Einfluss auf das Arbeitsverständnis des Amtes ausgeübt zu haben. Besonders interessieren kann die Frage, wie das auf einer mittleren Ebene angesiedelt Bundesamt sein Verhältnis einerseits zu den kantonalen Statistiken und andererseits zur internationalen Statistik gestaltet hat. Schon im 19. Jahrhundert wurde die Forderung nach einem Ausbau der nationalen Statistik damit begründet, dass man mit dem Ausland «Schritt halten» müsse. Im Weiteren musste das Verhältnisse zu anderen Bundesämtern, die eigene Statistiken führten, sowie zu privaten Statistikproduzenten gestaltet werden.

Eine eigene Geschichte bildet die Entwicklung und Anwendung bestimmter Methoden. Die Volkszählung, wie sie seit 1860 durchgeführt wurde, erfuhr um 1990 wegen des im Vorjahr aufgedeckten Fichenskandals eine starke Infragestellung. Hinzu kamen wachsende Vorbehalte wegen des wachsenden Umfangs und Aufwands der Befragung. Alles in allem entsteht der Eindruck, dass um das Jahr 2000 die zuvor laufend ausgebaute Bundesstatistik ihren Scheitelpunkt überschritten hat und von dann an Rückbaubestrebungen ausgesetzt ist. Anstelle der Volkszählung mit Vollerhebung ist, vereinfacht gesagt, eine Stichprobenerhebung getreten. Bemängelt wird, dass die für die Schweiz als typisch erachtete Kleinräumigkeit («Granularität») damit nicht mehr erfasst wird. Rechtsnationale Kräfte forderten 2015 einen drastischen Abbau der Bundesstatistik und die Halbierung des Budgets. Dabei ging es ihnen nicht nur um Einsparungen, sondern auch um die Liquidation von Statistiken zu störenden Themen. Eine Schlussfolgerung könnte lauten, dass die Statistik aus einfachsten Anfängen im Laufe der Geschichte eine stete Qualitätssteigerung erfahren hat. In einem Postskriptum macht der Autor allerdings darauf aufmerksam, dass die ungeheure und leicht abrufbare Datenmenge auch zu Desorientierung in der Gesellschaft führen kann.

*Georg Kreis, Basel*

Marco Marcacci, Nelly Valsangiacomo (a cura di), **Per tutti e per ciascuno. La scuola pubblica nel Cantone Ticino dall'Ottocento ai giorni nostri**, Locarno: Dadò, 2015, 354 pagine.

Publicato nel 2015 su iniziativa della *Società Demopedeutica* (denominazione breve della «Società Ticinese degli amici dell'educazione del popolo e di utilità pubblica», fondata nel 1837 dal futuro consigliere federale Stefano Franscini), il volume collettaneo curato da Nelly Valsangiacomo e Marco Marcacci *Per tutti e per ciascuno. La scuola pubblica nel Cantone Ticino dall'Ottocento ai giorni nostri* colma un'importante lacuna storiografica. L'ultima sintesi dell'argomento risale infatti alla *Storia della scuola ticinese di Felice Rossi*, pubblicata nel lontano 1959: negli ultimi sessant'anni i cambiamenti avvenuti nella scuola pubblica del Canton Ticino sono stati radicali, dal periodo della contestazione alla nascita della Scuola media unificata e, più recentemente, alle nuove direttive federali in seguito all'accettazione popolare del concordato HarmoS. D'altronde, nell'ultimo mezzo secolo non è solo la scuola ad aver mutato pelle: anche la ricerca storiografica, in seguito al cosiddetto «*linguistic turn*» e all'avvento della «*storia culturale*», ha introdotto nuovi campi di indagine che hanno spinto a rinnovati studi sulla scuola, sulle sue pratiche e sui suoi attori. Questa duplice impostazione si riflette nella struttura del volume che, volutamente, si divide in due parti distinte.

La prima sezione si propone di offrire un'analisi complessiva dell'evoluzione istituzionale e politica della scuola ticinese nell'arco degli ultimi due secoli.

Nell'introduzione, la curatrice Nelly Valsangiacomo espone in poche pagine le costanti storiche che hanno animato il dibattito sulla scuola. Nata con lo «Stato-Nazione», la scuola pubblica fu «il punto nodale della costruzione della memoria da parte degli Stati stessi» (p. 16) con il duplice obiettivo di fornire un'identità nazionale e di fungere da fondamentale strumento di controllo sociale, portando gli studenti ad assimilare i modelli di comportamento e le norme relative al contesto sociale di appartenenza. L'istituzione scolastica risulta dunque funzionale all'«istituzionalizzazione dei ruoli sociali» (p. 18) di una società in via di industrializzazione, all'educazione di una selezionata *élite* dirigente, destinata agli studi superiori, «pronta ad amministrare lo Stato e a sostenere la trasformazione economica in atto» (p. 16), facendo da contraltare all'istruzione dei lavoratori, a cui erano dedicati gli indirizzi di studio elementari e professionalizzanti. Non va dimenticata la distinzione di genere, con modelli di istruzione separati che confinavano le allieve a seguire scuole o discipline distinte, destinate a introdurle al loro ruolo di future mogli e madri. Col tempo, altre dinamiche – insite d'altronde nella stessa idea di «scuola pubblica» – portano a un cambiamento di paradigma: «l'accento sulle capacità individuali di una persona», «la possibilità di un miglioramento sociale tramite la scuola» (p. 16) entrano a far parte di «una cultura comune» e invitano a considerare la scuola come fautrice di «uguaglianza» e di mutamento sociale. L'esistenza e la compresenza di questi due modelli di scuola – in una dialettica tra promotori dell'«inclusione» e dell'«esclusione» – ne determinano lo sviluppo storico all'interno di una società «che in maniera un

po' schizofrenica ha sempre richiesto alla scuola al contempo poteri taumaturgici di superamento delle difficoltà e delle barriere sociali e fedele riproduzione degli schemi esistenti» (p. 17).

Il Canton Ticino non fa eccezione a questo quadro generale: già lo storico Raffaello Ceschi, citato da Valsangiacomo, poneva l'accento sulle antinomie di una scuola ticinese «che voleva superare le gerarchie sociali mantenendole, di una scuola liberatrice ma con un ruolo disciplinare» (p. 18) e in cui graduatorie, concorrenza e competizione sono da sempre parte integrante di un sistema scolastico che si vuole nello stesso tempo promotore di emancipazione individuale e collettiva.

La storia delle tensioni tra questi due paradigmi insiti nella scuola ticinese è ben illustrata dagli studi della prima parte del volume – scritti da Marco Marcacci, Fabrizio Mena e Nicoletta Solcà – che espone la nascita e gli sviluppi storici della scuola nel Canton Ticino. Rivalutando in parte la condizione delle scuole parrocchiali dell'ancien Régime – certamente non efficienti, ma vittime soprattutto del giudizio negativo illuminista e liberale – Marcacci tratteggia con particolare finezza la politica scolastica del governo del nuovo Cantone che, tra il 1803 e il 1830, dati gli scarsi mezzi finanziari e dovendo scegliere tra le strade e la scuola, «[scelse] le strade, lasciando alla generazione seguente il compito e l'onore di creare le scuole pubbliche» (p. 28). Il realismo «prudente e moderato» del regime dei Landamiani, d'altra parte, diffidava di una scuola troppo efficiente, preferendo sperimentare il metodo del mutuo insegnamento, adatto a scuole prive di mezzi come quelle ticinesi. La vera riforma si ebbe solo dopo il 1830. Fondamentale fu la legge adottata dal Gran Consiglio ticinese il 10 giugno 1831, il cui obiettivo non era tanto di creare scuole cantonali o statali, ma l'istituzione di «un'autorità di sorveglianza sugli stabilimenti di pubblica educazione» (p. 33). La legge sulla scuola in effetti esisteva dal 1804 ma restava inapplicata. L'elaborazione di una amministrazione pubblica e di programmi scolastici fu il vero atto di nascita della scuola pubblica ticinese. Altro impulso all'organizzazione scolastica fu dato dall'arrivo nel governo ticinese di Stefano Francini nel 1837 e dalla successiva rivoluzione radicale del 1839. I radicali, infatti, introdussero un capillare controllo delle attività dei comuni affinché fossero istituite delle scuole sui loro territori, stanziando importanti fondi pubblici e preoccupandosi della formazione del personale insegnante. Questa nuova spinta diede vita a due nuovi ordini di scuola: nel 1845 si crearono le scuole di disegno dedicate alle professioni edili e artistiche; nel 1847 furono costituite le scuole elementari maggiori, destinate agli studenti che non intraprendevano studi classici o letterari, con l'obiettivo di fornire loro una istruzione più solida.

Un'altra tappa nell'evoluzione della scuola ticinese fu la riorganizzazione degli studi secondari, rimasti sotto il controllo degli ordini religiosi e destinati ai soli studenti maschi. Molte famiglie ticinesi, soprattutto liberali, inviavano i figli in collegi nella Svizzera interna o negli Stati italiani. Questa situazione non era adeguata alle «finalità patriottiche» che stavano alla base della costruzione dello Stato radicale ticinese: nel 1845 fu ventilata

l'ipotesi di creare un'«Accademia cantonale» per dare ai giovani «la possibilità di studiare nella loro lingua in un ambiente liberale e repubblicano, invece di dover frequentare le Università italiane nelle quali imperavano concezioni ideologiche estranee allo spirito democratico e patriottico» (p. 42). Il progetto, subito accantonato perché sovradimensionato per la realtà ticinese, rappresenta d'altra parte la prima espressione del desiderio di offrire studi universitari sul territorio che sfocerà solo nel 1996 nella fondazione dell'USI (l'Università della Svizzera italiana). Come spiega Fabrizio Mena nel suo contributo, più successo ebbe la creazione di una più efficiente rete di insegnamento secondario, sotto la spinta di esigenze politiche e ideologiche in un momento di forte conflitto tra Stato e Chiesa: l'obiettivo era sottrarre la gioventù ticinese a istituzioni scolastiche gestite da enti religiosi «[fondati] su dottrine contrarie agli ideali liberali e repubblicani» (p. 43). La legge sulla secolarizzazione dell'istruzione venne approvata il 28 maggio 1852. Il progetto, predisposto sulla scorta dei rapporti elaborati da Carlo Cattaneo e da Gaetano Cantoni, due importanti esuli italiani, prevedeva l'apertura dei ginnasi quadriennali di Lugano, Mendrisio, Locarno, Bellinzona, Pollegio e Ascona. Il ginnasio – accessibile dopo un primo biennio alle scuole maggiori – garantiva l'ammissione all'unico liceo cantonale, con sede a Lugano, di durata triennale e proposto in due diverse opzioni: filosofia e architettura. Perno e cuore di questo nuovo istituto, che aprì i battenti nell'anno scolastico 1852–1853, fu la figura di Carlo Cattaneo, a cui fu destinata la cattedra di filosofia e la possibilità «di militare per la causa della libertà e della ragione» (p. 52). Lo sviluppo di questa rete scolastica rese necessaria la creazione nel 1873 di una Scuola magistrale atta alla formazione degli insegnanti. Le nuove esigenze economiche e le richieste della città di Bellinzona, priva di un istituto di studi superiori, portarono nel 1894 all'istituzione di una Scuola cantonale di Commercio.

Con la riforma degli studi secondari si formò l'ossatura binaria della scuola ticinese – scuole maggiori da un lato, ginnasi e liceo dall'altro – che, pur sottoposta a diverse pressioni, revisioni e riforme, si mantenne intatta per più di un secolo. Particolare importanza ebbe il conflitto ideologico tra radicali e conservatori cattolici, che per molti decenni animò il dibattito sulla cosiddetta «neutralità della scuola»; altro peso ebbe il confronto sulle impostazioni della scuola ticinese tra le indicazioni metodologiche che provenivano d'oltralpe, più indirizzate verso insegnamenti scientifici e tecnici, e le influenze del sistema scolastico italiano, che privilegiavano gli aspetti letterari e classici.

Furono però «i grandi cambiamenti dal punto di vista sociale ed economico» (p. 137) del Secondo dopoguerra, scrive Nicoletta Solcà, a imporre alla scuola un radicale ripensamento della sua struttura e della sua essenza. Emerse con urgenza la questione della «democratizzazione degli studi» che portò, negli anni successivi al Sessantotto, alla necessità di una riforma totale dell'istruzione obbligatoria, con la creazione di una scuola media unica che mettesse fine all'esperienza del ginnasio e delle scuole maggiori. La riforma aveva l'ambizione di creare una scuola che non fosse soltanto propedeutica agli studi successivi, ma «pienamente indipendente e pensata per rispondere ai bisogni



specifici dei preadolescenti, considerati come esseri in una fase particolare dello sviluppo umano con sue proprie caratteristiche e necessità» (p. 145). Nello stesso tempo, un altro obiettivo era «il rafforzamento della formazione scolastica di base di tutta la popolazione» (p. 145). La nuova scuola media unica della durata di quattro anni, dopo accesi dibattiti, fu approvata il 21 ottobre del 1974 e divenne realtà completa sull'arco di un decennio. La riforma della scuola media influenzò e condizionò gli altri ordini di scuola. Il quinto anno di ginnasio fu sostituito dall'aumento della durata degli studi superiori. Data la crescita esponenziale degli studenti iscritti, al liceo di Lugano, rimasto per più di un secolo l'unico istituto cantonale, si affiancarono – tra il 1974 e il 1982 – altri quattro nuovi licei sparsi sul territorio cantonale. A questi mutamenti fece seguito la riforma degli studi liceali del 1990 e del 1995, con la revisione federale dell'ordinanza sulla maturità (ORM). Le scuole professionali furono inoltre chiamate a riorganizzarsi: comparvero nuovi centri post-obbligatori; fu introdotta la maturità professionale e, nel 1997, fu istituita la Scuola Universitaria Professionale della Svizzera italiana (SUPSI). Il grande sforzo di rinnovamento coinvolse anche la formazione degli insegnanti, chiamati a realizzare concretamente le nuove direttive: la legge della scuola, approvata nel 1990, tramutò infatti la scuola magistrale di Locarno nell'Istituto cantonale d'Abilitazione e d'Aggiornamento (IAA), poi inglobato nella SUPSI come Dipartimento Formazione e Apprendimento (DFA) nel 2009.

La prima parte generale del volume si conclude esaminando le problematiche che la scuola pubblica è chiamata ad affrontare in questo secondo millennio: il processo di armonizzazione federale attraverso il Concordato HarmoS approvato dal Cantone nel 2009, implica la definizione di nuovi standard formativi e una modifica dei Piani di Studio generali; l'appoggio popolare alla scuola pubblica, così fortemente ribadito ancora nel 2001 quando fu bocciata un'iniziativa che chiedeva maggiori aiuti alle istituzioni formative private, sembra nel tempo essersi un po' affievolito; infine, «la crisi della famiglia come istituzione educativa ha portato quasi automaticamente a domandare alla scuola compiti molto più ampi che nel passato, contribuendo a creare una sensazione di affanno nel mondo scolastico da non sottovalutare» (p. 180).

Se la prima parte procede progressivamente in una forma alquanto classica, in cui la principale protagonista è la politica che, nella scia dei mutamenti sociali ed economici della società ticinese, modella e rimodella più volte la struttura e le finalità della scuola pubblica, la seconda sezione, invece, lascia spazio ai nuovi campi di indagine aperti dalla più recente storiografia. Protagonista diventa la scuola stessa, con i suoi interpreti principali: gli insegnanti, di cui viene presa in considerazione la formazione, la mobilitazione e le condizioni di lavoro (Alberto Gandolla); le scuole stesse, attraverso una riorganizzazione continua degli spazi e degli edifici (Simona Martinola); il fondamentale ruolo delle donne nello sviluppo della scuola, dalla lotta per il diritto all'istruzione al ruolo di insegnante (Lisa Fornara). Nei saggi monografici proposti emergono soprattutto le allieve e gli allievi che frequentano la scuola e che lo Stato comincia a considerare anche

dal punto di vista biopolitico, mirando a usare la scuola come luogo di sviluppo della sanità pubblica e di controllo della sessualità (Rosario Talarico). Nel solco della nuova storia culturale, viene analizzato da Alessandro Frigeri il discorso patriottico che emerge, negli anni della Difesa spirituale, dagli scritti degli allievi delle scuole elementari di Lugano, mentre Nicoletta Solcà presenta il ruolo della radiotelescuola nelle pratiche didattiche. Di tutti questi interventi è difficile presentare un sunto uniforme, perché la loro ricchezza sta nelle connessioni e nei rimandi che, completandosi a vicenda, si stabiliscono tra i vari contributi, i quali, da un lato, presentano un caleidoscopio variegato e vitale che gli scritti della prima parte del volume, per il loro carattere lineare, non posseggono; dall'altro, delineano piste interpretative e storiografiche che non debbono essere abbandonate, ma riprese e ampliate con nuovi e ulteriori studi.

*Per tutti e per ciascuno. La scuola pubblica nel Cantone Ticino dall'Ottocento ai giorni nostri* si presenta insomma come punto di arrivo delle conoscenze storiche sulla scuola pubblica nel Canton Ticino e come punto di partenza per ulteriori approfondimenti storiografici. Ed è proprio in questa duplice natura che il libro trova il suo intrinseco e più alto valore.

Maurizio Binaghi, Massagno

Georg Kreis, Beat von Wartburg (Hg.), **Chemie und Pharma in Basel. Eine Industrie prägt eine Stadt und ihre Region (zwei Bände)**, Basel: Christoph Merian Verlag, 2016, 768 Seiten, 212 Abbildungen.

Die Wissen(schaft)sgeschichte hat sich in den letzten zehn Jahren ausführlich mit den Produkten der Schweizer Pharmaindustrie befasst. Es sind in Serie bahnbrechende Studien zum Vitamin C (Beat Bächli), zum Cortison (Lea Haller), zu den Sexualhormonen (Christina Ratmoko) und zu LSD (Magaly Tornay) entstanden. Michael Bürgi hat zudem aus historischer Perspektive die Zusammenarbeit von Hochschule und Industrie bei der Pharmaforschung untersucht. Alle diese Arbeiten stammen aus der Technikgeschichte der ETH Zürich sowie der Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich und zeichnen sich neben der innovativen Aufarbeitung des Archivmaterials vor allem auch durch an den Science Studies geschulte Konzepte sowie eine methodische und theoretische Durchdringung des Materials aus. Es lag also nahe, dass auch jene lokalen Bedingungen und Vernetzungen zum Untersuchungsgegenstand würden, welche die ausserordentliche Produktivität bei der Herstellung pharmazeutischer Dinge hervorgebracht haben: Chemie und Pharma in Basel.

Es sind dabei zwei voluminöse Bände entstanden. Der erste besteht aus einer vom Wirtschafts- und Sozialhistoriker Mario König verfassten Geschichte des gleichzeitigen Aufstiegs der Schweizer Industrie und der Stadt Basel. Der zweite, supplementär funktionierende Band versammelt über vierzig kürzere Beiträge, die Königs Ausführungen ergänzen oder pointieren, von der Kulturarbeit der Unternehmen bis zu deren Mediengeschichte. Man merkt der Monografie von König an, dass dieser eine solide

geschichtswissenschaftliche Ausbildung genossen hat, ebenso aber schon seit drei Jahrzehnten freischaffend tätig ist. Seine Geschichte, versehen mit dem Titel «Besichtigung einer Weltindustrie – 1859 bis 2016», ist höchst kompetent erarbeitet und anschaulich erzählt. Das Buch ist archivgestützt, berücksichtigt die Forschungsliteratur zum Thema und ist gut und teilweise sogar spannend geschrieben. Was ihr ermangelt, so viel schon vorweg, ist eine analytische und kritische Einordnung, eben jener Anschluss an auch methodisch innovative Fragestellungen zum Verhältnis von Wissenschaft, Forschung und Politik, wie sie die eingangs erwähnten Publikationen auszeichnen. König hat explizit weder eine Stadtgeschichte noch eine klassische Wirtschaftsgeschichte vorgelegt. Im Mittelpunkt sollen, so betont er, Menschen und nicht Strukturen stehen. Diese Menschen sind jene grossen Männer, die auf der «Kommandobrücke» standen, die Gründer, Besitzer, Manager, Herrscher, Entdecker, Erfinder, Statthalter und Emissäre (S. 11). König ist reflektiert genug, um zu bemerken, welche Klischees er damit reproduziert, kann sich aber auch nicht wirklich von der Faszinationskraft der stilisierten, machtbewussten und kontrollierten Männlichkeit der Unternehmer lösen (S. 180). Die Ausrichtung des Buches lässt sich gut verstehen, wenn sie vom Mangel an Forschung her gedacht wird, den König selber benennt: Es fehlt eine Geschichte der Entstehung der «Chemiestadt Basel» (so auch Georg Kreis in seinem Beitrag in Band 2, der eine Art Koreferat zu Königs Monografie darstellt), es fehlen Firmengeschichten von Sandoz und Ciba und es fehlt auch eine Sozialgeschichte der in der chemischen Industrie Arbeitenden sowie der Angestellten. Diese werden, wenn sie schon inhaltlich kaum vorkommen, in den zahlreichen, aus dem Firmenarchiv stammenden Abbildungen ersatzweise gewürdigt.

König erzählt die Geschichte einer Stadt, die seit Anfang des 20. Jahrhunderts über einen spezifischen Industriezweig definiert wird, der sich wiederum von der dreckigen Chemie über die Pharmazie zu den sauberen Life Sciences entwickelt hat. Sie beginnt mit der Gründung von Farbenfabriken in Basel in den 1860er Jahren sowie den Anfängen von Sandoz und Hoffmann-La Roche. König erklärt zunächst die Bedeutung der Teerfarbstoffe und die aus spezifischen Gründen prädestinierte Lage des Standortes Basel (zu nennen sind insbesondere die französische Patentgesetzgebung und die Basler Seidenindustrie). Die Lebensläufe bedeutsamer Akteure werden mit dem wichtigen Thema der Patente und Kartelle ergänzt. Die Hochphase der Produktion von Pharmazeutika in den 1930er Jahren, namentlich dank der universitär-industriell kooperierenden Hormon- und Vitaminforschung, aber auch der Herstellung von Insektiziden und Sulfonamiden, wird knapp, aber präzise beschrieben. Die Darstellung einzelner Wirkstoffprodukte von Sirolin bis Tamiflu findet sich dann vor allem im zweiten Band in den Beiträgen von Alois Unterkircher, Robert Labhardt, Beat Bächli, Lea Haller, Patrick B. Moser, Manuel Dür, Niklaus Ingold und Tilo Richter. Als roter Faden zieht sich das Thema der dauerhaften Konkurrenz zu und der sporadischen Allianz mit der deutschen Farbenindustrie rheinabwärts durch das Buch. Die politischen Ereignisse, namentlich die Weltkriege, sind entsprechend immer auch Einschnitte bei der Auseinandersetzung mit Deutschland, das zugleich auch

einen hoch bedeutsamen Abnehmer der Basler Industrieprodukte darstellt. Dass die Basler Farbenindustrie durchaus als Kriegsgewinnerin bezeichnet werden darf, hebt König hervor. Und schon im Titel des Bandes verweist er auf die Expansion der Unternehmen in Bezug sowohl auf die eigene Grösse als auch die Marktanteile. Die Geschichte der Basler Chemieindustrie ist in der Tat die Geschichte einer «Weltindustrie», denn die Unternehmen sind höchst aktiv bei der Globalisierung des Marktes für Pharmaprodukte im 20. Jahrhundert, wie König an den Stationen USA in den 1910er Jahren, China in den 1920er Jahren, Grossbritannien in den 1930er Jahren, schliesslich dem Weltmarkt nach 1945 herleitet. Zwar bedroht der Aufstieg der amerikanischen Pharmaindustrie diese Erfolgsgeschichte, aber die «Spezialisierung für besondere Anwendungen» (S. 208) einerseits und andererseits die strategische Diversifizierung sichern der Basler Pharmaindustrie bis weit ins 20. Jahrhundert eine unangefochtene Stellung.

Das gleichzeitige Wachstum der Stadt Basel, das Entstehen unsichtbarer Welten innerhalb der Fabrikmauern, insbesondere architekturhistorische Aspekte werden vor allem im zweiten Band durch Tilo Richter und Ulrike Jehle-Schulte Strathaus geschildert. Auch die Verbindungen zu den universitären Forschungsinstituten, eher am Polytechnikum beziehungsweise der ETH denn an der Universität Basel, wird ausführlicher erst im zweiten Band in Beiträgen von Jacob Wirz-von Planta und Adrian Knoepfli aufgezeigt. Während diese wichtigen Themen bei König nur eingestreut werden, spielt bei ihm die Umweltgeschichte eine die Gesamtgeschichte strukturierende Rolle. Bis in die 1970er Jahre ist die Geschichte der Basler Chemie- und Pharmaindustrie, so wie König sie erzählt, eine Boomgeschichte, die nicht einmal durch Ölkrise und Rezession gefährdet werden kann. Einschneidend wirken hingegen die Umweltkatastrophen, wie 1976 in Seveso, verursacht von der Roche-Tochter Givaudan, sowie 1986 der Brand in der Schweizerhalle. Es ist vor allem auch der mangelhafte Umgang der Unternehmen mit diesen Ereignissen, der dafür sorgt, dass diese in der Stadt zunehmend kritisch betrachtet werden (S. 241). König stellt dies ausführlich dar, aber auch im zweiten Band finden sich zu dieser Umwelt- und Katastrophengeschichte weitere Beiträge von Thilo Jungkind, Georg Kreis, Felix Erbacher, Martin Matter und Beat von Wartburg.

Die Geschichte der Basler Chemie- und Pharmaunternehmen ist von König erstmals umfangreich dargestellt worden. Allerdings geht die Integration möglichst aller Aspekte auf Kosten einer analytischen Einordnung. Die inhaltliche Ausrichtung schwankt zwischen dem für das Genre der Branchen- und Firmengeschichte nicht untypischen Narrativ der Erfolgsstory und kritischen Tönen, welche die Verbindung von Wirtschafts- und Umweltgeschichte hervorheben. Es bleibt aber auch die Frage, an wen sich diese aufwändig gestalteten und reich bebilderten Bände eigentlich wenden. Im Hartplastikschuber machen sie durchaus den Eindruck, als könnten sie verdienten Mitarbeitenden von Novartis oder Hoffmann-La Roche als Präsent überreicht werden. Auch die Kapitelüberschriften erinnern an launige Wissenschaftserzählungen als Abenteuer- und Heldengeschichten, wie sie aus der älteren Unternehmensgeschichte vertraut sind («Wagemut», «Amerika, Amerika!», «Fern,

exotisch, tropisch»). König erzählt durchaus eine Lebensgeschichte der Basler Industrie, die von «Anfängen» über «Selbstbehauptung» und «Wachstum» bis zu «Umbrüchen» führt. In dieser organischen Erzählung kommt der Tod nicht vor, es ist eine Geschichte der Unsterblichkeit jener Unternehmen, die sich nach den Regeln der (Kapital-)Märkte durch Fusionen und Trennungen, durch «Wandlung in Permanenz», stets verjüngen. Auch die Globalisierung kann die Basler Pharmaindustrie nicht töten. Die beiden Bände stellen eindrucksvoll Material bereit, um an der Geschichte der Basler Chemie- und Pharmaindustrie weiterzuschreiben, aber sie halten nicht immer genug kritische Distanz ein, um nicht auch zu einer eher mythischen Geschichte beizutragen.

*Heiko Stoff, Hannover*

Joachim Lilla, **Föderalismus in historisch vergleichender Perspektive. Band 1: Der Bundesrat 1867–1919 – ein biographisches Handbuch**, Baden-Baden: Nomos, 2014, 708 Seiten.

Gerold Ambrosius, Christian Henrich-Franke, Cornelius Neutsch, **Föderalismus in historisch vergleichender Perspektive. Band 2: Föderale Systeme: Kaiserreich – Donaumonarchie – Europäische Union**, Baden-Baden: Nomos, 2015, 373 Seiten.

Solange unklar ist, was die Europäische Union ist und in welchen Begriffen sie beschrieben werden kann, haben historische Parallelen Konjunktur. Mehrere Forschungsprojekte verglichen die bundesstaatlichen Strukturen und Politikentwürfe im Deutschen Kaiserreich beziehungsweise im Habsburgerreich mit der EU. Aus rechtsgeschichtlicher und verfassungstheoretischer Sicht hatte Philipp Dann bereits 2004 den Exekutivföderalismus im Kaiserreich mit demjenigen in der EU verglichen. Das Münchener Projekt am der LMU zum Föderalismus in der Habsburger Doppelmonarchie und das Siegener Projekt zum Föderalismus im Deutschen Kaiserreich untersuchen die Voraussetzungen, Akteure und Funktionsweisen föderaler Ordnung in implizitem, oft auch explizitem Bezug auf die EU. Die Ergebnisse des Siegener Projektes veröffentlichten Gerold Ambrosius, Christian Henrich-Franke und Cornelius Neutsch in mittlerweile sechs Bänden in der Reihe «Föderalismus in historisch vergleichender Perspektive» im Nomos Verlag. Der erste von Joachim Lilla bearbeitete Band ist ein Nachschlagewerk zu den föderalen Akteuren im Kaiserreich. Der zweite Band «Föderale Systeme: Kaiserreich – Donaumonarchie – Europäische Union» stellt die Ergebnisse der beiden Projekte in München und Siegen vor. Es folgten historische Tiefenbohrungen zu genuin modernen Politikbereichen, die der föderalen Regulierung unterlagen: zur Nahrungsmittelregulierung (Band 3, Paul Lukas Hähnel), zur Unfallversicherung (Band 4, Julia Liedhoff) und zur Finanzpolitik (Band 5, Philipp Höfer). Der sechste und letzte Band bilanziert die Integrationsversuche durch föderales Regieren.

Hier sind die beiden ersten Bände vorzustellen. Der erste Band enthält Angaben zu den professionellen Biographien der Bevollmächtigten der deutschen Bundesstaaten beim Bundesrat und ihren Stellvertretern zwischen 1867 (also noch im Norddeutschen Bund)

und 1919. Minutiös werden zu allen Akteuren in diesem zentralen Steuerungsgremium des Bismarckreiches alle Angaben zu Geburt, Tod, Konfession, Mitgliedschaften in föderalen Gremien, beruflichem Werdegang und sonstigen Tätigkeiten aufgelistet. Die wichtigsten Akteure der Bundesstaaten werden noch einmal am Ende von Band 6 dieser Reihe narrativ beschrieben. Auffällig ist, wie sich mit der Reichsgründung allmählich die Ausbildung und der politische Horizont der Bevollmächtigten immer mehr verengte und auf das Reich reduzierte. Richard Freiherr von Friesen (1808–1884) war einer der wichtigsten sächsischen Manager beim Übergang des Königreiches in den Norddeutschen Bund 1867. Er hatte die Fürstenschule St. Afra in Meissen besucht, in Freiberg, Göttingen und Leipzig studiert und Studienreisen in Deutschland, Holland und Belgien, später in der Schweiz und Italien absolviert, bevor er in die sächsische politische Elite aufstieg (S. 260). Karl Eduard Wilhelm Groener (1867–1939) war 1916–1917 stellvertretender Bevollmächtigter für Preussen und der letzte Generalquartiermeister der deutschen Armee im Ersten Weltkrieg und am Ende der Weimarer Republik Reichsinnenminister. Seine Ausbildungsjahre hatte er ausschliesslich im Militär verbracht, beginnend mit dem Eintritt als Avantageur in die württembergische Infanterie 1884. Seine Kontakte zur Aussenwelt dürfte er als Chef der Eisenbahn-Abteilung im Grossen Generalstab gesammelt haben (S. 282). Dieser Band dokumentiert auch die Geschäftsordnungen des Bundesrats. Eine online-Version wäre dieser Enzyklopädie zum Föderalismus im Kaiserreich schon deshalb zu wünschen, weil der Bundesrat, das zentrale Steuerungsinstrument des Systems Bismarck, auch aufgrund der Archivlage chronisch unterbeforscht ist.

Der zweite Band bietet einen Blick auf die deutschen, habsburgischen und europäischen Probleme föderaler Ordnung. Die Beiträge sind in vier Blöcken angeordnet: Föderalismus in Deutschland vor der Nationalstaatsgründung (1.), im Kaiserreich (2.), im Habsburgerreich (3.) und schliesslich ein historischer Fernvergleich zwischen dem Kaiserreich und Österreich auf der einen und der EU auf der anderen Seite. Abgeschlossen wird der Band durch einen Beitrag des Doyens der Föderalismusforschung, Gerhard Lehmbuch, in dem er seine ältere These der historischen Pfadabhängigkeit des heutigen Föderalismus noch einmal ausführt und damit die politikwissenschaftliche Analyse mit einer historischen Langzeitperspektive verbindet. Den einzelnen Beiträgen folgen Literaturverzeichnisse. Ein Register, das die deutschen, österreichischen und europäischen Orte, Personen und Sachen leichter auffindbar machen würde, fehlt leider.

Wiewohl Tagungsbände ein schwieriges und undankbares Genre sind, besitzt dieser Band seine Stärken. Es durchzieht ihn die Frage nach der Fähigkeit der Politik beziehungsweise des Staates zu regulieren und zu integrieren. Dafür werden verschiedene Politikfelder zu verschiedenen Zeiten herangezogen: die Bildungspolitik in Preussen (Manfred Heinemann / Kaori Ando), die Post und die Telegraphie (Cornelius Neutsch), die Sozialpolitik in Österreich (Monika Senghaas) sowie Transport und Eisenbahn (Gerold Ambrosius / Christian Henrich-Franke). Die Beiträge fragen für diese Felder nach den Regimen der Regulierung und Steuerung durch Markt, Wettbewerb und staatliche Koor-

dination. Die analytischen Modelle für die Föderalismusanalyse sind mehr oder weniger der Wirtschaftsgeschichte entnommen. Sie setzen sich dezidiert von der staatszentrierten Perspektive der Politik- und Rechtswissenschaft ab. Das Interesse an Regulierung und Wettbewerb gilt Prozessen der intentionalen und nicht-intentionalen Standardisierung, weniger dagegen dem Demokratiegehalt, der Macht- und Gewaltenteilung oder der Frage, wie Konsens und Konflikt koexistieren.

Die Regulierung und Steuerung von Infrastrukturen war Aufgabe der föderalen Systeme nach der Nationalstaatsgründung 1871 und in der Europäischen Union, auch wenn diese schwerlich als Staat und erst recht nicht als Nationalstaat beschrieben werden kann. Das Kaiserreich kannte bei der Eisenbahn Gebiets- und Streckenmonopole und ein System von Staatsbahnen. In der EU dagegen traten Gebietsmonopole immer mehr zurück und die Schienennetze wurden für den Wettbewerb geöffnet. Ähnliche Unterschiede sind für die Eigentumsverhältnisse auszumachen. Im Kaiserreich dominierte der Staatsbesitz, in der EU mit ihren völlig anderen Rahmenbedingungen für den Transport und Verkehr sind die Eisenbahnen weitgehend formell, in einigen Mitgliedstaaten auch materiell privatisiert. Die Regulierung des Eisenbahnverkehrs im Kaiserreich setzte im Wesentlichen auf Kostenregulierung, während Brüssel die Anreize regulierte. Eigenwirtschaftlichkeit und Gemeinwirtschaftlichkeit, im Kaiserreich weitgehend identifiziert, wurden in der EU scharf getrennt. Beim grenzüberschreitenden Verkehr griffen staatliche Regulierung und freiwillige Standardisierung ineinander. Auch die Instrumente der Regulierung nahmen zu: Wo das Kaiserreich nur das bindende Gesetz kannte, arbeitete die EU mit Verordnungen und mit Richtlinien, die den Mitgliedstaaten Freiräume bei der Umsetzung liessen. Steuerung bedeutete mithin im Kaiserreich etwas völlig anderes als in der Europäischen Union. Eine unmittelbare Steuerung konnte es nur im Kaiserreich geben, weil nur hier Verkehrsministerien Eisenbahnen in staatlichem Besitz leiteten. In der Europäischen Union dagegen steht die mittelbare Steuerung im Mittelpunkt. Aber auch hier ist Föderalismus nicht nur eine Angelegenheit von politischem Einfluss. Hinzu kommt die Eigenlogik der Infrastruktur. «Die inhärente vernetzende Wirkung dieser Infrastruktur [sc. der Eisenbahn, Siegfried Weichlein] förderte die Föderalisierung, da eine gemeinsame Regulierung notwendig war, um die Infrastrukturen der unteren gebietskörperschaftlichen Ebenen grenzüberschreitend nutzen zu können» (S. 275). Sprachliche Ungetüme wie dieses begegnen einem leider öfter.

Ähnliches lässt sich in der Sozialpolitik beobachten. Für weite Teile der politikwissenschaftlichen und historischen Literatur wirkte diese unitarisierend und stand dem Föderalismus gerade entgegen, schliesslich ging es um die gleiche Teilhabe an staatlichen Leistungen. Monika Senghaas kann in ihrem Beitrag über die Sozialpolitik in der Habsburgermonarchie jedoch zeigen, wie sehr föderale Ordnungsvorstellungen die Entwicklungsdynamik und den institutionellen Aufbau der Sozialpolitik vielmehr vorantrieben. Das System der sozialen Sicherung in der Unfall- und Alten-, aber auch der Krankenversicherung in der cisleithanischen Reichshälfte durchzog eine territoriale Logik. «Die aus

territorialen Spaltungslinien im multiethnischen Staatsgebilde der Habsburgermonarchie resultierenden gegensätzlichen Interessen in Bezug auf die Organisation der Versicherungssysteme» können historisch als Versuche gelesen werden, die «Sozialpolitik im Sinne eines *competitive state building* auf unterschiedlichen Ebenen als Instrument sozialer Indikation zu nutzen» (S. 243). Die beiden Beispiele der Infrastruktur und der Sozialpolitik verweisen auf den Unterschied zwischen einem Wettbewerb im Markt und um den Markt. Beide Bände bereichern die Föderalismusforschung durch Daten und Analysen ungemein.

*Siegfried Weichlein, Universität Fribourg i.Ü.*

Martina Akermann, Sabine Jenzer, Thomas Meier, Janine Vollenweider, **Kinder im Klosterheim. Die Anstalt St. Iddazell Fischingen 1879–1978**, Frauenfeld: Verlag des Historischen Vereins des Kantons Thurgau, 2015 (Thurgauer Beiträge zur Geschichte, Bd. 153), 244 Seiten.

Das 1879 gegründete Kinderheim St. Iddazell in Fischingen im Kanton Thurgau war bis weit ins 20. Jahrhundert hinein eine der grössten Erziehungsanstalten der Schweiz. Von 1879 bis 1978 lebten dort über 6500 Kinder und Jugendliche für eine kürzere oder längere Zeit. *Kinder im Klosterheim* stellt die überarbeitete und ergänzte Fassung einer historischen Studie dar, die der *Verein Kloster Fischingen* 2013 bei der *BLG Beratungsstelle für Landesgeschichte* in Auftrag gegeben hatte. Der für das ehemalige Kinderheim zuständige Verein reagierte damit auf Berichte in der Deutschschweizer Presse, in denen ehemalige Zöglinge der Anstalt St. Iddazell über dort erlebte Missbräuche durch das Heimpersonal berichtet hatten.

Die historische Untersuchung der BLG zielte nun nicht einfach auf die Überprüfung dieser Vorwürfe ab, sondern versuchte, die Geschichte des Kinderheims St. Iddazell thematisch und zeitlich breit zu erfassen, um die «im Fischinger Heim herrschenden Strukturen und Umgangsformen, Stimmungen und Atmosphären einzufangen, die Übergriffshandlungen ermöglichten oder gar begünstigten» (S. 11–14). Dies ist geglückt, was auch in der vorliegenden Publikation deutlich wird. Sie geht aus von einem Überblick über die Entwicklung der Anstalt St. Iddazell: Nach der Klosteraufhebung im Kanton Thurgau kam es 1879 zur Gründung einer «Actiengesellschaft», welche als Trägerin eines Waisenhauses im ehemaligen Kloster Fischingen auftrat und 1887 in einen Verein umgewandelt wurde. Die Anstalt wandelte sich in den Jahren 1879 bis 1977 vom Waisenhaus zum Erziehungsheim und Sekundarschulinternat sowie zu einem Sonderschulheim und wurde schliesslich 1977 wieder zum Kloster.

In einem zweiten Kapitel wird die Anstalt St. Iddazell in das katholische Milieu eingeordnet, um den gesellschaftlichen Kontext, in dem das Heim funktionierte, auszuleuchten. Das ist auch deshalb interessant, weil sich, wie in Kapitel drei aufgezeigt wird, das Heim nicht nur aus Kostgeldern, staatlichen Subventionen und den Erträgen der Landwirtschaft finanzierte, sondern auch aus Spenden und Legaten, die aus ebendiesem katho-



lischen Milieu kamen. Gegen aussen den guten Ruf der Anstalt möglichst zu wahren, war in Hinblick auf diese Spender und Spenderinnen wichtig, da die Ressourcen in St. Iddazell stets äusserst knapp waren.

Kapitel vier wendet den Blick wieder gegen innen und fragt nach den Hierarchien, Kompetenzen und Konflikten im Heim. Die Autorinnen und der Autor zeigen auf, dass die Arbeitsverhältnisse für das überwiegend geistliche Personal und insbesondere für die Ordensschwwestern aufgrund der Personalknappheit, der übermässigen Arbeitsbelastung und der erzieherischen Überforderung mangels entsprechender Ausbildung ausbeuterisch waren. Die Gehorsampflicht des geistlichen Personals trug dazu bei, dass diese Bedingungen akzeptiert wurden und bei Überforderung keine Abhilfe geschaffen werden konnte. Eine «Kultur der Verschwiegenheit» sei vorherrschend gewesen, welche Kritik am Heim und letztlich Reformen verhindert habe, heisst es in der Studie. Die Personalknappheit bewirkte, dass die Erziehenden auf den Abteilungen meist alleine für die Kinder und Jugendlichen zuständig waren und «relativ unbeaufsichtigt agieren» konnten, «was ihnen einen beträchtlichen Handlungsspielraum eröffnete» (S. 214). Die schwache Aufsicht und Kontrolle über das private Heim insgesamt wird auch in Kapitel sechs beleuchtet und als begünstigende Rahmenbedingung für Missstände aller Art identifiziert. In Kapitel fünf, wo es um den Heimalltag geht, stellen die Autorinnen und der Autor die Beziehungen im Heim dar. Diese waren punktuell von Nähe, meist aber von Distanz und auch Gewalt geprägt. In diesem Kapitel kommen Formen seelischer Misshandlung, die Strafpraxis insbesondere im Zusammenhang mit dem Bettnässen und sexuelle Übergriffe zur Sprache. Die Aussagen in diesen Kapiteln stützen sich stark auf die Interviews, welche für die Studie mit ehemaligen Zöglingen (20 Personen) und Erziehungspersonen (7 Personen) geführt worden waren. Sie sind ein unverzichtbares Fundament für die Studie, da gerade die oben erwähnten Themen wenig Niederschlag in den Akten gefunden haben. In den teilstrukturierten, leitfadengestützten Interviews kommen sehr unterschiedliche Erinnerungen und Einschätzungen zum Vorschein, was aber nicht bedeutet, dass «die einen recht haben und die anderen nicht» (S. 22). Denn die Art der Wahrnehmung des Heims hing, wie die Autorinnen und der Autor festhalten, von ganz unterschiedlichen Faktoren ab und war stark von Ambivalenzen geprägt.

Fazit der Studie ist, dass die emotionale Kälte sowie psychische Misshandlungen in der Erinnerung vieler Interviewter haften geblieben sind. Ferner sind Strafen und physische Gewalt während des ganzen Untersuchungszeitraums vorhanden gewesen. Dabei sind auch Formen von Gewalt, die über das jeweils gesellschaftlich akzeptierte oder übliche Mass hinausgingen, zur Anwendung gekommen. Erst Ende der 1960er Jahre kam es zu einer kritischeren Haltung gegenüber Gewaltanwendung im Heim. Zwölf von zwanzig interviewten ehemaligen Zöglingen berichteten zudem von direkt oder indirekt erlebter sexualisierter Gewalt oder sexuellem Missbrauch. Aufgrund dieser Berichte sowie auf der Grundlage von Hinweisen in schriftlichen Dokumenten lässt sich ohne Zweifel festhalten, «dass im Heim sexuelle Übergriffe vorkamen» (S. 215). Allerdings waren nicht alle Zög-

linge von Übergriffen oder Missbräuchen betroffen, so wie auch nicht alle Erziehungspersonen in St. Iddazell gewalttätig waren.

Das grosse Verdienst der Publikation *Kinder im Klosterheim* ist, dass den Aussagen der ehemaligen Zöglinge und Erziehungspersonen viel Raum gegeben wird. Zahlreiche Aspekte des Heimalltags hätten nur auf der Grundlage konventioneller schriftlicher Quellen nicht so umfassend analysiert werden können. Die methodisch reflektierte, sorgfältig verfasste Studie stellt somit einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Heimerziehung in der Schweiz dar.

Sabine Lippuner, Zürich

Kilian T. Elsasser, Alexander Grass, **Drei Weltrekorde am Gotthard. Politiker, Unternehmer, Ingenieure, Tunnelbauer**, Baden: Hier und Jetzt, 2016, 238 Seiten, 129 Abbildungen.

Das Postulieren von Rekorden, wie es das anzuzeigende Buch tut, ist eine zweischneidige Angelegenheit.<sup>2</sup> Einerseits steht die Frage im Raum, ob das betreffende Ereignis oder die Errungenschaft tatsächlich einen Rekord darstellt, andererseits drängt sich die Frage auf, welche Bedeutung dem Rekord wirklich zukommt. Wenn Kilian Elsasser und Alexander Grass gleich *drei* Rekorde – und dann sogar noch *Weltrekorde* – in den Titel ihrer Übersicht setzen, ist eine gewisse Vorsicht geboten.

Georg Kreis' Einleitung zeigt gleich zu Beginn, in welcher Perspektive «Drei Weltrekorde am Gotthard» zu lesen ist: mit einem Blick für die Berichtigung historischer Mythen (S. 9). So werden gewisse Gemeinplätze (S. 9) oder nicht so bekannte Facts, wie die Tatsache, dass der erste Vorschlag für einen Basistunnel bereits 1947 (!) vorgelegt wurde (S. 39), in der Geschichte der verschiedenen Gotthardtunnels durch kleine Hinweise auf den neusten Wissensstand korrigiert. In der Folge lesen sich die von Elsasser oder Grass geschriebenen Kapitel zum ersten Bahntunnel von 1882, dem Strassentunnel von 1980 und dem Basistunnel von 2016 als informative Übersichten. Die ersten drei Kapitel beschreiben relativ deskriptiv die drei Projekte und deren Umsetzung, dann folgen die Kapitel zu den technischen Herausforderungen und Innovationen beim Bau, zum Kontext, zu den Menschen und deren Arbeitsbedingungen und Gefährdungen auf den Tunnelbaustellen und schliesslich zur nationalen und internationalen Bedeutung der drei Tunnels. Ein Ausblick auf die Zukunft des ersten Bahntunnels durch den Gotthard, dessen Funktion nach der Inbetriebnahme des Basistunnels neu definiert werden muss, schliesst das Buch.

Wer sich eine stringente Argumentation gewohnt ist, wird sich mit dem Aufbau des Buches zuerst arrangieren müssen. Das stete Springen von erstem Bahntunnel (1882), zum ersten Autotunnel (1980) und schliesslich zum Basistunnel (2016) jeweils unter den

2 Vgl. Gordon Pirie, Editorial. Making transport history, in: *The Journal of Transport History*, 36/2 (December 2015), S. iii-v, hier S. iii.

oben beschriebenen Gesichtspunkten fordert der Leserschaft einiges an Konzentration ab. Allerdings erlaubt dieser Aufbau, das Buch nicht als Überblick, sondern als Lesebuch zu benutzen, in dem die Kapitel ohne Verständnisverlust einzeln gelesen und verstanden werden können. Die zahlreichen und guten, teils eher unbekanntem Bilder mit informativen und interessanten Legenden sowie die Strukturierung der Kapitel durch klare Abschnitte mit aussagekräftigen Überschriften fördern das nicht-lineare Lesen und laden zum Schmökern ein.

Durch die steten zeitlichen Sprünge zwischen 1882, 1980 und 2016 wird allerdings das inhaltliche Verständnis erschwert. Dass die drei im Titel erwähnten Rekorde darin bestanden, dass die drei Tunnel jeweils die längsten Bahn- und Strassentunnels ihrer Zeit waren (S. 18, 75, 53), geht in der Fülle der andern Erzählstränge unter. Diese widmen sich unter anderem der technischen Leistungssteigerung – von der besten pneumatischen Schlagbohrmaschine beim ersten Bahntunnel (S. 66) zum Bohren mit Tungsten Karbid für den Strassentunnel (S. 77) zur grössten Tunnelbohrmaschine der Welt beim Basistunnel (S. 107) – oder den gesundheitlichen Risiken, denen die Arbeiter auf den Tunnelbaustellen ausgesetzt waren – von der «Gotthardkrankheit» 1882 (S. 124), zur Staublunge 1980 (S. 149) und den krebserregenden Dieselabgasen 2016 (S. 159). Die politischen Bedingungen und ausschlaggebenden Argumente für den Bau der drei Tunnel änderten sich ebenfalls zwischen 1882, 1980 und 2016. Während der erste Bahntunnel durch den Gotthard erst beschlossen werden konnte, als Deutschland und Italien Interesse daran bekundeten (S. 177), sollte der Strassentunnel die Dörfer entlang der Gotthard-Passstrasse vom motorisierten Individualverkehr entlasten (S. 195). Der Basistunnel indes soll der Verlagerung des Schwerverkehrs von der Strasse auf die Schiene im Güter-Korridor Genua-Rotterdam dienen (S. 205). Diese Auswahl an Themen macht Sinn, lässt aber auch die Frage aufkommen – insbesondere angesichts des Untertitels «Politiker, Unternehmer, Ingenieure, Tunnelbauer» – ob denn gar keine Frau erwähnenswert gewesen wäre. Die Viertelseite über die Hotel- und Restaurantbesitzerinnen in Göschenen anno 1880 liesse sich durchaus thematisch erweitern.<sup>3</sup>

*Anna Amacher Hoppler, Luzern*

Jakob Tanner, *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, München: C.H. Beck, 2015, 679 Seiten.

«Europa ist unsere Gegenwart, aber unsere Geschichte bleibt im Nationalen verwurzelt» (S. 7), konstatiert Ulrich Herbert, der Herausgeber der Serie zur europäischen Geschichte, in seinem Vorwort. Jakob Tanners Geschichte der Schweiz steht in der Tradi-

<sup>3</sup> Die «gendered perspective» ist nach wie vor auf der Agenda der Verkehrsgeschichte, vgl. Massimo Moraglio, Editorial. Seeking a (new) ontology for Transport History, in: *The Journal of Transport History*, Vol. 38(1), 2017, S. 3–10, hier S. 3.

tion der grossen Nationalgeschichtsschreibung. Aber der emeritierte Züricher Historiker ist kein Panegyriker der Nation, sondern ein kritischer Historiker, der mit distanzierendem Blick, manchmal auch mit Verwunderung, jedoch nie ohne engagierte Empathie für seinen Gegenstand, die Vergangenheit seines Landes in den Blick nimmt. Entfaltet wird die Geschichte dieses Landes mitten in Europa nicht nur in den engen Grenzen, sondern in ihrer Verflechtung mit Entwicklungen und Ereignissen in den Nachbarländern und globalen Prozessen, mithin dem, was früher als «die Welt» bezeichnet worden wäre. Dabei geht es Jakob Tanner um die spezifischen Bedingungen und Folgen sowie die Gleichzeitigkeiten und Ungleichzeitigkeiten der Konstituierung des staatlichen und nationalen Raumes und seiner verschiedenen Akteure in Politik, Wirtschaft und Kultur in europäischen und globalen Kontexten. Kennzeichnend ist Tanners subtile, manchmal auch ironisch getönte Hinterfragung nationaler Modi der Selbstbeschreibung. Mit der boomenden internationalen Nationalismusforschung geht es ihm um die Konstruktion von nationalen «Selbst- und Fremdbildern in einer fortlaufenden imagologischen Bastelei» (S. 17), also um die Erfindung nationaler Traditionen in einem Europa, in dem Ende des 19. Jahrhunderts allenthalben nationale Mythen erdacht und in der Folgezeit vielfach fort- und umgeschrieben wurden: Mythen, welche die nationalen Wurzeln, aber auch Souveränität und Neutralität, demokratische Traditionen und wirtschaftliche Entwicklung betreffen. Dieser konsequente Fokus auf die verschlungenen Wechselbeziehungen und Verflechtungen zwischen «innen» und «ausen» strukturiert die Darstellung. Damit wird die Schweiz bei allen ihren Besonderheiten – in einem Europa mit seinen vielen nationalen Besonderheiten – vielfach auf ihre europäischen Normallagen zurückgeführt. Interessanterweise kommen damit die spezifischen Tendenzen der Schweizer Geschichte vielfach sogar schärfer zum Ausdruck.

Der Aufbau folgt einer chronologischen Gliederung in drei Teilen, von denen der erste unter dem Titel «Robuster Kleinstaat» die Zeit vom späten 19. Jahrhundert bis in die frühen zwanziger Jahre, der zweite «Bedrohte Nation, offene Volkswirtschaft» die Zeit von der Mitte der 1920er bis in die 1960er und der dritte «Widerwillige Bewegung» die Zeit des letzten Drittels des Jahrhunderts bis zur Gegenwart abdeckt. In jedem dieser Teile wiederholen sich bestimmte Leitthemen, wie etwa «Prosperität um 1900», «Dissonanzen der Moderne um 1925» und «Konsummoderne in der helvetischen Malaise um 1965». Immer geht es dem Verfasser darum, das Zusammenspiel und wechselseitige Verhältnis verschiedener Entwicklungen im Bereich von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in bestimmten Zeitphasen in den Blick zu nehmen. Der durchgehende Fokus auf die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ist ein grosser Gewinn. Entwicklungen im Bereich der Hochkultur bleiben dagegen weitgehend ausgespart; das gilt im Übrigen leider auch für die kaum ausgeführte Religionsgeschichte, wenngleich sich Hinweise darauf mit Blick auf die Entfaltung der Konsumgesellschaft und die Parteiengeschichte finden lassen.

Die chronologisch-systematischen Querschnitte laden zu Vergleichen mit den Nachbarländern ein, und das Buch liefert bemerkenswerte und in jeder Hinsicht spannende

(aber nicht immer explizit ausgeführte) Perspektiven auf historische Einordnungen und Interpretationen des 20. Jahrhunderts. So gehört es weitgehend zum Konsens der Forschung, die epochale Zäsur des Ersten Weltkrieges zu betonen. Tanner zeigt nachdrücklich, wie sich allenthalben zu beobachtende Phänomene wie beispielsweise der erklärte Ausnahmezustand, die kriegswirtschaftlichen Organisationsbemühungen oder die Zuspitzung sozialer Konflikte auch in der Schweiz finden lassen. So verschärfte der grosse Landesstreik 1918 die innenpolitischen Fronten, was sich im Erfolg der Schweizer Sozialdemokraten widerspiegelte. Tanner hat zwar den europäischen Bürgerkrieg der Ideologien, wie er von Eric Hobsbawm und vielfach auch von deutschen Autoren unter Rückgriff auf Carl Schmitt in die neuere Diskussion gebracht wurde, im Visier, weist ihm jedoch keine zentrale Rolle zu. Tatsächlich liefert er eine andere Geschichte, die sich im Wesentlichen um die erfolgreiche Rekonstruktion und Stabilisierung des Landes, ja auch um die Entstehung der modernen Schweiz vor dem Hintergrund dieser Ausnahmesituation dreht. Vor vielen Jahren hat der amerikanische Historiker Charles Maier von einem «*Recasting of Bourgeois Europe*» gesprochen (ohne auf die Schweiz einzugehen, so wie Tanner nicht auf Maier eingeht). Gegen Maier liess sich zu Recht einwenden, dass diese Rekonstruktion der bürgerlichen Vorkriegsordnung in Frankreich, England, Italien und Deutschland, also jenen Ländern, die notorisch für Europa erhalten müssen, nach dem Ersten Weltkrieg letztlich *nicht* oder nur unvollständig gelang. Mit der Rückkehr zur erfolgreichen Golddeckung des Frankens und der nach dem Weltkrieg gesteigerten Attraktivität des Finanzplatzes, der fortschreitenden Integration des Landes in den Weltmarkt sowie die Familie des Völkerbundes war aber gerade die Schweiz ein hervorragendes Beispiel für eine solche erfolgreiche Stabilisierung, die mehr als nur eine Rückkehr zur Vorkriegsordnung war. Tanner betrachtet das Jahr 1922 insofern als ein «Schicksalsjahr» als der von der Linken lancierte Volksentscheid über eine Vermögensabgabe der Wohlhabenden zum Abbau der Staatsschulden scheiterte. Letzteres war, ähnlich wie zuvor schon in Deutschland, wo die Inflation dieses Geschäft besorgte, eine politische wie wirtschaftliche Machtffrage, welche Tanner eindeutig im Sinne des «bürgerlichen Blocks» entschieden sieht. In solchen Abschnitten des Buches werden zum einen die Vorzüge des wirtschaftshistorischen Fragehorizontes deutlich. Wie wohl in keiner anderen Darstellung zur europäischen Geschichte gelingt es Tanner brillant, die Verwebung der Schweiz in den aufblühenden politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Internationalismus einzuordnen, der mit dem Sitz des Völkerbundes in Genf ein wichtiger Teil der Schweizer Geschichte wurde.

Die Zwischenkriegszeit ist kein für sich abgeschlossener Container. Zumal in der deutschen Forschung hat sich eine Interpretation etabliert, wonach sich der Übergang zur modernen Massen-, Konsum-, Parteien- und Mediengesellschaft vom späten 19. Jahrhundert bis in die 1920er Jahre durchsetzte. Dabei ist es eine der zentralen Frage, wie krisenhaft sich diese «klassische Moderne» (Detlev Peukert) entfaltete. Alle Formelemente dieser Moderne finden sich auch in der Schweiz, aber Tanner spricht eher von Verunsicherungen und identifiziert zugleich einen ausgesprochenen Aufbruchsgest und

neue Zukunftserwartungen. Auf diesem Hintergrund werden für die verschiedensten Felder von Wirtschaft und Technik wie Politik und Kultur Entwicklungslinien von der Mitte der 1920er bis in die 1960er Jahre gezeichnet. Viele der früheren Hoffnungen gingen in Erfüllung, ja diese Nachkriegsschweiz mochte bald als die beste aller Welten erscheinen. Vieles von dem, was über Wohlstandssteigerung und die Konsummoderne, bis zu den industriellen Beziehungen und dem weitreichenden politischen Konsens auch im Zeichen des Kalten Krieges, zu lesen ist, kennen wir aus variantenreichen Darstellungen zu den «*trentes glorieuses*» (Fourastié) in anderen Ländern. Sie gleichen sich alle verblüffend. Kennzeichnend für die Schweiz ist das Fehlen nicht nur von Kriegszerstörungen und von sozialen Kriegsfolgelasten, letztere vielfach verbunden auch mit neuen Inflationen, sondern auch die Tatsache, dass die sozialen und politischen Eliten politisch und moralisch kaum kompromittiert waren.

Doch die Darstellung bleibt nicht bei solchen sozial- und strukturgeschichtlichen Kontinuitätslinien stehen. Auch für einen vergleichenden Blick auf europäische Entwicklungen ist die Analyse der Zeit der 1930er Jahre und des Zweiten Weltkrieges von Bedeutung. Die Zeit der Ideologien hinterliess auch in der Schweiz Spuren, und es gelingt Jakob Tanner, zentrale Aspekte der Transformation von Politik und der politischen Kultur sowie ihre Folgen auch in der Nachkriegszeit zu veranschaulichen. Tatsächlich war das Konzept und die Idee der «geistigen Landesverteidigung» eine Schweizer Variante der nationalen Mobilmachung, die in den 1930er Jahren einsetzte. Damit reagierte das Land auf die Propaganda des aggressiven Nationalismus der Nachbarstaaten, zugleich aber warnt der Autor davor, darin einen antitotalitären Basiskompromiss oder gar eine einheitliche Ideologie zu sehen. Vielmehr identifiziert er verschiedene Strömungen, die die Idee der «geistigen Landesverteidigung» auf ihre jeweils sehr unterschiedliche Weise adaptierten oder sich gar, an den Rändern des politischen und kulturellen Spektrums, dem nationalen Konsens verweigerten. Es war und blieb umstritten, wie man sich insbesondere gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland verhalten sollte. Wiederholt werden viele kritische Fragen, welche die neuere Forschung aufgeworfen hat, gestellt. Das betrifft die Behandlung der jüdischen Flüchtlinge, den Verstoß gegen Neutralitätsregeln im Zusammenhang mit Kriegsmateriallieferungen und Clearingkrediten, den Goldhandel oder die Kontrolle der Gotthardtransite. Eine der Thesen lautet, dass die «geistige Landesverteidigung» ein breites Spektrum von Lösungen und Handlungsmustern offen liess, darunter demokratische, aber auch autoritäre wie fremdenfeindliche, was zugleich das Lavieren gegenüber und die unterschiedlichen Reaktionen auf Deutschland erklärt. Die Pointe ist, dass in dieser Konstellation ältere, aus dem 19. Jahrhundert stammende Formen der Schweizer Selbstbeschreibung mit nachhaltiger Wirkung um- und fortgeschrieben wurden. Tanners gerade an dieser Stelle leicht bissig-ironisch unterlegte Entzauberung einer heroischen Nationalgeschichte wird deutlich, wenn er in diesem Zusammenhang von der Herausbildung einer «nationalmetaphysischen Sonderfallideologie» spricht, ja von einem «Knotenpunkt» in der imaginären Konstruktion des 20. Jahr-

hundreds mit ihren nationalen Mythen Erzählungen (S. 291). Ähnliches liesse sich – unter ganz anderen Vorzeichen – auch mit Blick auf andere Länder formulieren, etwa die Idee der «*résistance*» in Frankreich (auch wenn der deutsche Fall in der Folge des Holocaust zu einer nachhaltigen Kritik der Mythen führen sollte).

Tanner verbindet diese kritische Darstellung des Krieges mit einer spezifischen Lesart der Nachkriegsentwicklungen. Der Krieg führte zur sozialen und kulturellen Verfestigung des nationalstaatlichen Territorialprinzips mit neuen Formen der Abschliessung. Damit einher ging die Verfestigung des Neutralitätsgedankens mit der Armee, die als «mentaler Kristallisationskern einer unabhängigen Alpenrepublik» fungierte (S. 465), ebenso wie die Verfestigung einer spezifischen Männergesellschaft, die traditionell Aktivdienst mit Aktivbürgerrecht koppelte: Der Aktivdienst habe sich zu einer Nationalmythologie entwickelt – und so zugleich für lange Zeit über den Weltkrieg hinaus das Frauenstimmrecht blockiert. Wie in anderen Ländern kann man ein Zusammenrücken der politischen Parteien und damit die Stärkung älterer Formen der Konsensdemokratie beobachten; frühere soziale Polarisierungen traten in den Hintergrund und Vorbehalte der Linken gegenüber dem Kapitalismus schwanden. Daraus formierte sich, wie man formulieren könnte, eine Schweizer Variante des sozialen Konsensliberalismus, und das unter Führung des Freisinns, einer Partei, die ja zu den wenigen in Europa übrig gebliebenen Fackelträgern des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus des 19. Jahrhunderts zählt. Die «geistige Landverteidigung» mit dem Konzept des «*réduit*» verdichtete sich in der Idee der «Festung Schweiz», die wesentlich die Verteidigung des «harten» Schweizer Frankens, die Wahrung des Bank- und Geschäftsgeheimnisses, die strafrechtlich abgesicherten Kultur der Diskretion und eine international ausgezeichnet vernetzte Wirtschaftselite beinhaltete. Es ist ein Land, das ohne Vorbehalte und erfolgreich europäische und Weltmarktstrategien im Bereich der Ökonomie verfolgte, dabei die Vorteile des unter amerikanischer Hegemonie entstehenden internationalen liberalen politischen Systems ausschöpfte, sich in den verschiedensten Gremien auch selektiv engagierte, ohne sich aber politisch zu binden. Der heraufziehende Kalte Krieg verfestigte diese Konstellation. Die konfliktreiche internationale Nachkriegsordnung schuf die politischen wie wirtschaftlichen Voraussetzungen, von denen das Land, unter anderem als vermeintlich sicherer Hafen von Fluchtgeld jeder Art, profitierte. Anders formuliert: Die Prosperität der Nachkriegszeit war nicht nur auf eigene Leistung zurückzuführen, sondern auf eine für die Schweiz glückliche internationale Konstellation, die erst diesen Sonderfall und Sonderweg ermöglichte. Nicht zuletzt mit Blick auch auf die Zäsur des Endes des Kalten Krieges ist das eine wichtige Beobachtung.

In der zeitgeschichtlichen Forschung ist die Frage nach den Auflösungserscheinungen des «sozialen und demokratischen Konsenses» (Dahrendorf / Hobsbawm) am Ende der «*trentes glorieuses*» inzwischen eine feste Grösse. Einmal mehr liefert Jakob Tanner auch in diesem Fall eine interessante und anregende Interpretation, indem er das Spannungsverhältnis von wirtschaftlicher Globalisierung und nationalen Souveränitätsvorstel-

lungen mit ihren Fixierungen auf nationale Grenzen, die sich seit dem 19. Jahrhundert verfestigt hatten, ganz in den Vordergrund stellt. Nicht die wirtschaftliche Stagnation und Verwerfung des internationalen Wirtschaftssystems, welche in der britischen und mehr noch der deutschen Historiographie so sehr hervorgekehrt werden, sondern umgekehrt gerade der wirtschaftliche Erfolg des Schweizer Wegs in und mit der globalen Wirtschaft führte seit den 1970er in eine Krise, ja mehr noch: Er führte zu einer Krise der mentalen Selbstverortung der «Festung Schweiz». In nachgerade dialektischer Manier entfaltet Tanner dieses Argument: «Wenn die Schweiz ihren Pfad in den materiellen Wohlstand weiter verfolgen wollte, so hatte sie gar keine Wahl, als sich auf den Wandel des europäischen und globalen Umfeldes einzustellen, sich anzupassen und einzufügen» (S. 443), das heisst, die Schweiz musste sich öffnen *und* binden. Transnationale Verflechtungen, darunter auch neue Lebensstile, die mit einer Entprovinzialisierung in Verbindung gebracht werden, trugen dazu bei. In immer neuen Anläufen wird dieses Argument entfaltet: mit Blick auf die politischen Grundrechte wie das Frauenstimmrecht, die Entwicklung des sozialen Sicherungssystems oder die unaufhaltsame supranationale Integration der Schweizer Wirtschaft, Gesellschaft und nicht zuletzt des komplexen nationalen Rechtssystems. Menschenrechte waren eine Sache; davon nicht loszulösen waren andere internationale Standards etwa im Bereich der Geldwäsche oder des Schwarzgeldes. Minutiös werden die langsam sich zeigenden Auflösungserscheinungen der «Festung Schweiz» beschrieben, eine Auflösung, die der Schweiz und den Schweizern nicht nur von aussen aufgezwungen wurde, sondern die, das ist Tanners Pointe, nicht zuletzt von Schweizer Akteuren vorangetrieben wurden: von Wirtschaftsführern, Bankern, Politikern, aber auch von Vertretern sozialer Bewegungen und avantgardistisch-hedonistischer Konsumbewegungen. Zu den interessanten Phänomenen unserer Gegenwart zählt zweifellos, dass seit den 1980er Jahren im Zusammenhang mit der Abstimmung über den (gescheiterten) UNO-Beitritt und dann der sukzessiven Annäherung an die europäische Gemeinschaft mit dem seit den 1980er Jahren weltweit wirtschaftlich erfolgreich operierenden Unternehmer Christopher Blocher und der früheren Bauernpartei SVP eine Gegenbewegung entstand, die auch die politischen Eliten zutiefst verunsicherte. Der Historiker Tanner wird hier zum engagierten, gelegentlich polemischen Kommentator, was mit erklärt, dass einige Schweizer Kritiker des Buches offenbar die Botschaft, nämlich das Problem eines Spagats zwischen supranationaler wirtschaftlicher Integration und Souveränitätsbehauptung, vielfach mit dem Botschafter verwechselt haben. Zugleich sieht Tanner mit seinen geschichtspolitischen Betrachtungen und einiger Verblüffung, dass just in dem Augenblick, als sich historische nationale Mythen im Nebel der Globalisierung aufzulösen schienen, sie in neuer Gestalt zurückkehren. Als Träger identifiziert werden städtische Mittelschichten, wo, so kann man hinzufügen, schon immer historische Imaginationen blühten: «in den locker ‚verhäuselten‘ Agglomerationen» mit ihrem «gefühlten ‚Dichtestress‘» und den «zersiedelten Landschaften», die, so Tanner, zum «Echoraum für historische Mythen» wurden



(S. 488). Ist das nicht, so mag man fragend hinzufügen, eine Variante der Dialektik der Globalisierung?

Das Buch ist ausserordentlich material- und faktenreich, dicht geschrieben und der Leser findet viele Mosaiksteine, die zusammen ein grosses Bild ergeben. Auf Leerstellen hinzuweisen, ohne beispielsweise die vielen interessanten Ausführungen des Verfassers zur Verfassungsentwicklung anzusprechen, mutet daher leicht pedantisch an. Dazu gehört die Persistenz wie die Transformation spezifischer sozial-moralisch-religiöser Milieus mit ihren ländlichen und urbanen, auch sprachregionalen Ausprägungen. Nicht-Schweizer erführen gerne mehr über die Funktionsweise dieser traditionell militärisch eingebundenen Männergesellschaft, und zwar auch im Kontext der sich erstaunlich reibungslos durchsetzenden Demokratisierung des Landes. Dass viele thematische Zusammenhänge zerrissen werden, liegt in der Natur solcher historischen Synthesen. Verwunderlich bei einem solchen Projekt ist das Fehlen eines thematischen Registers; das führt zu Rezeptionsbarrieren. Denn wer sich auf die Suche nach konkreten Themen wie dem Frauenstimmrecht, Konkordanzdemokratie, einzelnen Aspekten des Internationalismus und der Globalisierung oder der delikaten Unterscheidung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung macht, der muss in der gedruckten Fassung lange blättern.

Jakob Tanner ist ein grosser Wurf gelungen. Das Buch wird als Monument einer im besten Sinne des Wortes engagierten und kritischen Schweizer Geschichtsschreibung einen festen Platz in der Historiographie einnehmen. Wie wenige andere Länderdarstellungen illustriert es die Chancen der Situierung der nationalen Geschichte in der europäischen und globalen Geschichte. Gerade weil Tanner keine monumentale Hurrageschichte verfasst hat, sondern sehr genau die Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern herausgearbeitet hat, zeigt er eindringlich, dass es viele gute Gründe gibt, der Schweiz einen gebührenden Platz in der Historiographie zu Europa und der Globalisierung einzuräumen.

*Martin Geyer, Ludwig-Maximilians-Universität München*

André Mach, Thomas David, Stéphanie Ginalski, Felix Brühlmann, *Les élites économiques suisses au XX<sup>e</sup> siècle*, Neuchâtel: Alphil, 2016, 152 pages.

Depuis l'avènement des grandes entreprises, les motivations et le comportement de ceux qui les contrôlent ont stimulé l'intérêt d'un groupe hétérogène de commentateurs. D'un côté, certains intellectuels critiquaient l'influence croissante d'un nombre relativement restreint de puissants dirigeants d'entreprise, étroitement liés les uns aux autres, pour son impact sur les inégalités politiques et économiques. Ces préoccupations étaient devenues prédominantes au début du XX<sup>e</sup> siècle, comme en témoignaient les débats sur le rôle du capital financier en Allemagne ou sur le «*money trust*» aux États-Unis. À l'inverse, d'autres observateurs estimaient qu'il était inévitable qu'une petite minorité détienne le pouvoir, contrôle les ressources clés et prenne les décisions majeures. De ce point de vue,

ce qui était digne d'intérêt n'était pas tant l'étendue de l'influence de ce groupe, mais plutôt ses caractéristiques et les dynamiques de son renouvellement.

Parallèlement, un nouveau vocabulaire se popularisait afin de désigner les personnes qui occupaient les échelons les plus élevés des puissantes entreprises. On parlait alors de «robber barons», de capitaines d'industrie, ou encore de «ploutocrates». Dans le milieu académique cependant, c'est plutôt le terme d'«élite», proposé par Vilfredo Pareto en 1902, qui dominait et donnait lieu à un nouveau champ d'étude appelé la «sociologie des élites». Les premières études empiriques de l'élite économique datent du début du XX<sup>e</sup> siècle; en se concentrant sur les plus grandes entreprises d'un pays donné, elles ont cherché à identifier leurs dirigeants ainsi que les liens d'interdépendance qui les unissaient.

Un siècle plus tard, la sociologie des élites est toujours au goût du jour, jouissant même d'un regain d'intérêt depuis les vingt-cinq dernières années. Les études nationales sur les élites continuent de prédominer, bien qu'on se soit récemment aussi orienté vers des études comparatives et des analyses des réseaux transnationaux. La recherche actuelle privilégie encore l'analyse des caractéristiques des dirigeants des plus grandes entreprises d'un pays et les liens inter-entreprises. Néanmoins, étant donné l'intérêt croissant des politologues pour les élites économiques, une attention plus particulière commence à être portée aux mécanismes par lesquels elles exercent leur influence politique.

Ce livre s'inscrit donc dans un champ de recherche bien établi et dynamique, tout en offrant une contribution inédite en proposant une analyse historique des élites économiques suisses au cours du XX<sup>e</sup> siècle. En effet, ce n'est que récemment que des études historiques de grandes envergures ont été menées et, pour la plupart, ont été entreprises par des chercheurs en sciences sociales. Pour la Suisse d'ailleurs, bien qu'il existe des études historiques des élites économiques pour certaines périodes et branches, la justification de ce livre, comme les auteurs l'expliquent, vient du fait «qu'une vision de l'ensemble de ces élites économiques aux XIX<sup>e</sup> et XX<sup>e</sup> siècles fait défaut» (p. 8). C'est donc cette perspective de longue durée que ce livre est censé apporter et cela en ne comptant que 150 pages. Bien que l'ambition de ses auteurs soit considérable, elle est largement réalisée. En effet, leur ouvrage offre une description compréhensive des élites économiques suisses au XX<sup>e</sup> siècle, permettant de comprendre l'évolution de leurs principales caractéristiques, de leur organisation et de leurs engagements politiques. Leur travail met ainsi en lumière les continuités et les ruptures qui marquent l'identité et la mobilisation du groupe dans son ensemble.

Cette analyse est rendue possible grâce à une base de données issue d'un projet de recherche portant sur les élites économiques, politiques et administratives suisses, dirigé par André Mach et Thomas David à l'Université de Lausanne et financé par le Fonds national suisse de la recherche scientifique. Les données mobilisées dans le cadre de ce livre se focalisent sur les élites économiques suisses – désignés par les auteurs comme «les dirigeants des plus grandes entreprises helvétiques», ainsi que «les membres des organes

dirigeants des principales associations patronales» (p. 13) – à plusieurs dates sur une période d'un siècle: 1910, 1937, 1957, 1980, 2000 et 2010.

Structuré autour de trois principaux axes, le livre commence avec une analyse des caractéristiques sociologiques des élites économiques suisses du début du XX<sup>e</sup> siècle jusqu'en 1980. Les auteurs se posent la question de la manière dont on devient un grand patron suisse. En réponse, ils montrent clairement qu'il vaut mieux éviter d'être femme pour atteindre ce statut, vu que les rangs des élites économiques suisses semblent quasi inaccessibles à la moitié féminine de la population helvétique de 1910 à 1980. Les étrangers sont peu représentés également, en dépit de la forte et précoce internationalisation des grandes entreprises suisses. En raison de cette «double exclusion», les rangs des élites économiques suisses restent résolument un bastion natif et masculin tout au long du XX<sup>e</sup> siècle. Ces hommes sont largement issus de la grande ou de la moyenne bourgeoisie, souvent d'une dynastie familiale mais pas seulement, vu le rôle important des managers professionnels parmi les dirigeants de grandes entreprises. À partir des années 1930, les élites économiques suisses sont majoritairement de formation universitaire, ayant fait leurs études surtout en droit ou en ingénierie, et la plupart d'entre eux ayant fait leurs preuves en tant qu'officiers dans l'armée suisse. Les auteurs constatent donc que l'élite économique helvétique fait preuve d'une stabilité frappante pendant la période de 1910 à 1980, marquée par des caractéristiques identitaires très homogènes.

Dans la deuxième partie du livre, ils abordent la question de l'organisation collective et de la mobilisation politique des élites économiques suisses pendant la même période. S'appuyant sur une série d'analyses empiriques des réseaux inter-entreprises, des organisations patronales ainsi que des rôles et de l'influence politiques des chefs d'entreprise, ils brossent un tableau de cohésion et d'influence. Ils concluent que les élites économiques helvétiques, «en raison de leurs fonctions dirigeantes dans les sphères économique, politique et militaire, et leurs interactions nombreuses, apparaissaient comme les principaux décideurs de la société» (p. 13).

De manière surprenante, compte tenu de l'accent mis par les auteurs sur la cohésion et l'influence de l'élite économique suisse, les conclusions de la troisième partie du livre sont en opposition marquée avec celles qui les précèdent. Se concentrant sur la période allant de 1980 à 2010, ils montrent un changement significatif dans le profil des dirigeants des grandes entreprises, en raison de l'augmentation des étrangers, des gens formés en économie (aux dépens de ceux formés en droit ou ingénierie), ainsi que de la légère augmentation de l'importance des dirigeantes. De plus, ils soulignent l'érosion des réseaux inter-entreprises comme preuve de l'affaiblissement de l'ancienne base de l'élite économique suisse. Enfin, ils constatent une érosion des liens traditionnels entre patronat et politique en Suisse et une évolution «vers un lobbying plus pluraliste et professionnel» (p. 104).

La force de ce travail se trouve dans son approche systématique et complète de l'analyse des caractéristiques sociologiques et de l'implication politique des élites écono-

miques suisses au XX<sup>e</sup> siècle. À cet égard, nous voyons tous les avantages de la base de données qui constitue le socle de ce livre et saluons l'énorme quantité de travail nécessaire pour développer un ensemble cohérent de données pendant une période aussi longue. Il faut honorer également la portée large et stimulante du livre grâce à sa combinaison d'analyses d'ordre sociologique et politique. Il ne fait donc aucun doute que cet ouvrage deviendra une référence essentielle pour quiconque s'intéressant à la sociologie ou à la politique des élites économiques suisses.

En tant que contribution au corpus de recherches existant sur les élites, cependant, cette analyse comporte quelques limites qui peuvent être soulignées. Premièrement, de nombreuses catégories clés sont présentées dans ce livre sans explication ni justification, même si elles ne sont pas évidentes. La catégorie de «*big linkers*» en est un bon exemple, car elle est définie différemment par d'autres auteurs. Deuxièmement, comme les données des auteurs reposent en grande partie sur les dirigeants des plus grandes entreprises suisses, les conclusions qu'on peut en tirer sont influencées par les changements dans la composition de cette population, mais cette influence n'est pas explicitée dans le livre. Dans quelle mesure, par exemple, la rupture que les auteurs soulignent dans les années 1990 s'explique-t-elle par l'importance croissante d'un nouveau type d'entreprise ayant moins de liens avec les entreprises existantes plutôt que par la diminution des liens entre les grandes entreprises établies de longue date? Enfin, l'analyse politique de l'influence des élites économiques est moins convaincante que le reste du livre, car ce que les auteurs établissent est surtout la présence de ces élites dans la sphère politique, plus que leur influence concrète sur celle-ci. De plus, l'absence de discussion des différences dans les opinions politiques des élites économiques suisses signifie que leur unité politique est supposée plutôt que démontrée.

Il convient également de souligner que cette étude, comme d'autres contributions à la sociologie et à la politique des élites, n'offre pratiquement aucune preuve directe sur les motivations et le comportement des élites économiques. Par conséquent, les constats principaux du livre par rapport à «l'homogénéité sociale et l'unité politique» des élites économiques suisses pour la période de 1910 à 1980 ne sont pas fondés directement sur des exemples avérés. Ces affirmations sont en réalité plutôt des prédictions fondées sur les caractéristiques sociologiques et l'implication politiques de ces élites. Il est à regretter que des sources historiques n'aient pas été davantage mobilisées pour démontrer de tels liens.

Il faut dire aussi que l'absence de preuves directes sur les motivations et le comportement des élites économiques laisse le lecteur quelque peu perplexe face à l'une des principales conclusions du livre. Si, en effet, les élites économiques suisses étaient si cohérentes et si unifiées entre 1910 et 1980, on se demande comment elles ont pu permettre à leur système de se désintégrer à partir des années 1990. Les auteurs suggèrent que la mondialisation et la financiarisation sont à blâmer. Toutefois, ces explications entrent comme un *deus ex machina* sur la scène, ce qui semble particulièrement

invraisemblable compte tenu de l'expérience de longue date de l'élite économique suisse en matière de mondialisation et de finance.

En parlant des spécificités de la Suisse, un dernier point est à soulever. Le livre suggère certainement qu'il y a quelque chose de distinctif en ce qui concerne le caractère, la persistance et l'influence de l'élite économique suisse. De plus, certains éléments d'explication sont offerts à cet égard et semblent tout à fait plausibles. Cependant, il est dommage qu'il n'y ait pas d'effort explicite pour présenter la Suisse dans une perspective comparative. Les avantages potentiels seraient plus grands si la comparaison ne portait pas seulement sur d'autres petites économies prospères comme le Danemark – où on retrouve des élites homogènes, cohésives et influentes – mais sur de petites économies moins performantes où la petitesse de pays est souvent associée avec clientélisme et conflit.

Mary O'Sullivan, Université de Genève

Pierre Eichenberger, **Mainmise sur l'État social. Mobilisation patronale et caisses de compensation en Suisse (1908–1960)**, Neuchâtel: Alphil, 2016, 493 pages.

La politique sociale helvétique est mise en œuvre par des institutions très diverses: l'administration publique bien sûr, mais également des caisses maladie, accident, de pension, de chômage et de compensation. Toutes les personnes qui résident en Suisse sont confrontées à ce «monde des caisses». Par exemple, le choix d'une caisse maladie est obligatoire dans le cadre de la LAMal, la caisse de pension ou d'assurance accident est décidée par l'employeur, la caisse de chômage par la personne sans emploi. Dans cette constellation à la fois familière et méconnue d'institutions, les caisses de compensation jouent un rôle majeur. Elles se chargent notamment de la perception des cotisations et du versement des prestations financières de l'AVS, de l'AI, de l'assurance perte de gain en cas de service militaire ou de maternité ainsi que des allocations familiales.

Les caisses de compensation «participent d'un contexte général de protection sociale suisse marqué par le fédéralisme et la forte décentralisation qui s'ensuit. La décentralisation prend également la forme d'une délégation de compétences, soit à des acteurs régionaux, soit à des acteurs privés» (p. 39), dont le patronat. Le livre de Pierre Eichenberger permet de prendre la mesure de cette décentralisation et de son évolution dans le temps. En 1940, les caisses patronales de compensation géraient à peine davantage de cotisations que les caisses publiques (339,7 contre 313,3 millions de francs (constants de l'année 2000)), en 1985 elles en géraient presque le double (11'125,1 contre 6'617,3 millions). Le nombre d'employé-e-s de ces caisses a quant à lui triplé durant la période (p. 44). Pourtant, ces entités juridiques n'ont jusqu'ici pas fait l'objet d'une analyse historiographique approfondie. Cet ouvrage vient donc combler cette lacune en se concentrant sur ces «*quiet politics*», autrement dit sur les domaines qui sont l'objet de peu d'attention du public.

Après un exergue du Secrétaire du Vorort en 1963 qui donne le ton de l'analyse qui suit («Notre influence à Berne est plus forte lorsque nous restons dans l'ombre et que l'on ne parle pas trop de nous»), Pierre Eichenberger aborde son objet à partir de deux questions de recherche situées au carrefour de l'histoire et de la science politique: quel rôle les caisses de compensation patronales ont-elles joué d'une part dans l'histoire des politiques de protection sociale en Suisse et d'autre part dans celle de l'action collective patronale? Il se concentre sur la genèse et l'évolution des caisses de compensation depuis 1908 (date de la fondation de l'Union centrale des associations patronales (UCAPS)) jusqu'aux années soixante.

L'ouvrage suit une logique chronologique. Après une introduction dans laquelle il situe son propos et présente ses sources, Pierre Eichenberger montre que l'action collective du patronat est une riposte au mouvement ouvrier. La période 1929–1938 est celle de la mise en place d'une politique sociale patronale qu'il décrit comme positionnée contre l'État. Il s'agit toujours de faire face aux revendications du mouvement ouvrier, d'éviter les grèves, mais également de prévenir les interventions publiques. Entre 1938 et 1941, les caisses de compensation passent de la marge au cœur de l'État social grâce à un choix politique fortement lié au lobbyisme patronal et qui les rend responsables de la gestion des allocations de perte de gain des militaires (APG). L'arrêté du 20 décembre 1939 est une «victoire de l'UCAPS qui réussit à imposer sa solution» (p. 225). Ce système, qui «remplace le bon vouloir patronal et l'assistance publique conditionnée à la pauvreté par le droit à une [faible] indemnité» (p. 226) est financé à moitié par une contribution publique, et, pour l'autre, par une retenue sur les salaires. Relevons que cette dernière, qui concerne également les femmes salariées qui ne sont pas les bénéficiaires directes de la prestation, n'est pas simplement ponctionnée sur les salaires, mais repose sur une rhétorique de la cotisation partagée entre patronat et salariat qui sera reprise par l'AVS, l'AI ou l'assurance chômage et qui permet de soutenir l'idée qu'il n'y a pas lutte, mais collaboration entre ces deux entités. Le développement des caisses de compensation renforce le patronat et permet d'éviter que l'État ne s'intéresse de trop près aux affaires des entreprises. La période de 1941 à 1948 est présentée par Pierre Eichenberger comme celle de l'élargissement par étapes de l'activité des caisses patronales avec en 1941 la création des caisses pour les allocations familiales. Cette dernière aide à «compenser l'inflation due à la guerre en augmentant le salaire des personnes ayant des charges familiales» (p. 273). Entre 1948 et 1960, avec l'entrée en vigueur successive de l'AVS (1948), puis de l'AI (1959), les caisses de compensation patronales renforcent leur place au centre de l'État social.

L'ouvrage de Pierre Eichenberger est non seulement bien documenté, il est encore logiquement agencé et agréable à lire. S'il permet bien de comprendre que «les caisses de compensation ont été créées pour des raisons politiques plus que pour leur efficacité pratique» (p. 18), il ne s'attarde toutefois guère sur le rôle économique de ces caisses qui participent à créer de l'emploi et soutiennent des investissements favorables au patronat.

Il aurait sans doute également gagné à intégrer une perspective attentive aux rapports sociaux de sexe, car les politiques sociales dont Pierre Eichenberger décrit l'émergence soutiennent de fait un mode de production domestique fondé sur le rôle de gagne-pain du mari.

*Jean-Pierre Tabin, Haute école de travail social et de la santé (HES-SO), Lausanne*

Gleb J. Albert, **Das Charisma der Weltrevolution. Revolutionärer Internationalismus in der frühen Sowjetgesellschaft 1917–1927**, Köln / Weimar / Wien: Böhlau, 2017 (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Bd. 95), 631 Seiten, 21 Abbildungen.

Gleb J. Albert beschäftigt sich in seiner Dissertation mit einem Thema, das in der bisherigen Forschung weitgehend vernachlässigt worden ist. Zwar wurde immer wieder auf die Bedeutung der Weltrevolution für die Geschichte der Sowjetgesellschaft hingewiesen. Doch dass der Internationalismus kommunistische Lebenswelten prägte, die Idee ein Charisma ausstrahlte, das die Praxis zahlreicher Akteure nach 1917 entscheidend beeinflusste, ist bislang kaum gesehen worden. Hier eine «kulturhistorisch und praxeologisch informierte Gesellschaftsgeschichte des Internationalismus» (S. 18) geschrieben zu haben, ist das grosse Verdienst dieser Studie.

Souverän ordnet der Autor die Geschichte internationalistischen Denkens und Handelns in den gesamteuropäischen Kontext revolutionärer Entwicklungen ein. Vor diesem Hintergrund stellt er die verschiedenen «Typen» internationalistisch-revolutionärer Akteure vor und geht eingehend auf jene ein, die mit Begeisterung und Hingabe vom Charisma der Weltrevolution erfasst waren, denen es zu ihrem Selbstverständnis gehörte und eine «konkrete Utopie» (S. 175) für die Zukunft bedeutete. Diese blieb auch bei vielen erhalten, nachdem das Scheitern revolutionärer Erhebungen in der Welt und die Probleme der Neuen Ökonomischen Politik seit 1921 eine Ernüchterung bewirkt hatten. Detailliert analysiert Albert die unterschiedlichen Praktiken vor und nach 1921. In den ersten Jahren nach der Revolution war die unmittelbare Begeisterung spürbar, am Vorabend grosser Umwälzungen in aller Welt zu stehen. Sie schlug sich in individuellem und kollektivem Handeln nieder. Zwar stiess auch in dieser Phase die persönliche Hingabe Einzelner an die Idee des Internationalismus immer wieder mit den kollektiven Parteikonzepten zusammen, die Disziplin verlangten. Doch erst in den 1920er Jahren wirkte sich dieser strukturelle Widerspruch zunehmend dahingehend aus, dass der Internationalismus mehr und mehr ein von der Partei geleitetes Mobilisierungsinstrument wurde, mit dessen Hilfe sich die «Massen» artikulieren sollten. Da sich zugleich die konkreten Hoffnungen auf revolutionäre Veränderungen in der Welt nicht erfüllten, wuchsen Enttäuschung und Desinteresse. Allerdings äusserten sich auch Protest und Widerstand gegen die Akzentverschiebung, nun das Interesse der Sowjetpolitik und der Partei höher als die Weltrevolution zu stellen. Nach wie vor blieb die Idee des Internationalismus im Alltag vieler Menschen präsent.

Beispielhaft analysiert Albert den erwähnten strukturellen Widerspruch in der Tätigkeit der MOPR, der «Internationalen Organisation zur Hilfe für die Kämpfer der Revolution», die zugleich die sowjetische Sektion der Internationalen Roten Hilfe bildete. MOPR war ab 1925 die grösste Massengesellschaft der UdSSR und repräsentierte das Parteikonzept der «Gesellschaftlichkeit». Sie sollte verhaftete und verfolgte Revolutionäre im Ausland unterstützen und fand zunächst bei den internationalistischen Aktivisten gute Resonanz. Doch dieser institutionalisierte Internationalismus, in steigendem Masse von der Parteiführung gegängelt, entleerte die Idee ihres Charismas. Die individuelle Motivation schwand zusehends. Albert zeigt dies unter anderem an den Sammlungskampagnen, an den gelenkten «Patenschaften» für revolutionäre politische Gefangene im Ausland und an den internationalistischen Brieffreundschaften. Als hier etwa der unkontrollierte individuelle Kontakt mit Hilfe des Esperanto zu intensiv wurde, griff die Parteiführung immer stärker ein, bis der Esperanto-Verband um 1937 / 38 aufgelöst und zahlreiche seiner Mitglieder Opfer des stalinistischen Terrors wurden. Ähnliche Entwicklungen arbeitet Albert beim «internationalen Fahnentausch», beim Besuch ausländischer Arbeiter in der Sowjetunion oder beim internationalistischen Einsatz sowjetischer Aktivisten heraus.

Für Stalin wurde der Internationalismus zum Synonym für Opposition, er wertete ihn ab und bekämpfte ihn. Bereits zuvor war er zu einem sinnentleerten Ritual und einem «von oben» kontrollierten Verwaltungsakt geworden. Die charismatische Idee, die ein hohes Ideal mit einer konkreten Hoffnung im alltäglichen Handeln verband, scheiterte nicht nur an der Realität. Als die Weltrevolution – die «Bewährung» für die Idee (S. 550) – ausblieb, diente diese immer mehr der Stabilisierung der Ordnung. Sie drang nun institutionalisiert und kontrolliert in den Alltag der Akteure ein. An die Stelle des revolutionären Internationalismus trat die Verteidigung des «sozialistischen Vaterlandes». Vereinzelt blieben Träume, die «einen Funken von weltrevolutionärem Charisma» in sich trugen (S. 556) und auch die Stalin-Zeit überdauerten (S. 564), wie Albert deutlich macht.

Die Studie beruht auf umfangreichem, bislang weitgehend nicht ausgewertetem Quellenmaterial, darunter beeindruckenden Selbstzeugnissen. Das Konzept, von der Akteursperspektive und den Lebenswelten der Menschen ausgehend eine Gesellschaftsgeschichte zu verfassen, hat sich bewährt. Vermutlich aufgrund des ohnehin sehr grossen Umfangs des Buches hat Albert meist darauf verzichtet, die Biografien der Akteure ausführlich darzulegen, und hat stattdessen auf entsprechende Quellen und Literatur verwiesen. Das ist manchmal bedauerlich. So weist Albert darauf hin, dass der Leiter der MOPR von Vjatko, Mark Min'kov, ein sehr engagierter und erfolgreicher Internationalist gewesen sei. 1927 wurde er jedoch als Trotzkist aus der Partei ausgeschlossen, 1938 ermordet (S. 360f.). Interessant wäre gewesen, etwas über die Mechanismen zu erfahren, warum er trotz seiner Popularität ohne weiteres ausgeschlossen werden konnte und welche Rolle sein Internationalismus dabei spielte. Auch in anderen Fällen hätte sich die Möglichkeit geboten, anhand persönlicher Schicksale allgemeine Vorgänge zu vergegenwärtigen. Doch insgesamt gelingt es Albert, seinen methodischen Ansatz überzeugend durchzuführen.



Mit ihren vielfältigen Aspekten – von denen hier nur wenige angedeutet werden konnten – wirft die Arbeit neues Licht auf die ersten zehn Jahre der Sowjetgesellschaft. Die politischen Konzepte, das Verhältnis von Gesellschaftlichkeit und individueller Motivation, die Umsetzung von Ideen in praktisches Handeln, die Unterschiede in den verschiedenen Phasen der Sowjetgeschichte zwischen Revolution und Stalinismus – all dies und vieles mehr wird differenziert beleuchtet. Sprachlich angemessen und theoretisch reflektiert, bedeutet Alberts Studie einen Durchbruch in der Erforschung dieser Zeit.

*Heiko Haumann, Elzach-Yach / Basel*

Sandro Fehr, **Die Erschliessung der dritten Dimension. Entstehung und Entwicklung der zivilen Luftfahrtinfrastruktur in der Schweiz, 1919–1990**, Zürich: Chronos, 2014 (Verkehrsgeschichte Schweiz, Bd. 1), 342 Seiten, 26 Abbildungen.

Das grosstechnische System des modernen Flugverkehrs baut auf einer umfangreichen Infrastruktur auf, deren Entwicklung der Historiker Sandro Fehr am Beispiel des gewerbmässig organisierten zivilen Passagierverkehrs in der Schweiz von ihren Anfängen 1919 bis zum Ende des Ausbauprogramms für Zivillughäfen 1990 schlüssig nachzeichnet. Zugleich bettet Fehr diese Prozesse in einen transnationalen Kontext ein. Den Terminus «Luftfahrtinfrastruktur» definiert Fehr als «die Grundlagen [...], die das Verkehrssystem ‚Luftfahrt‘ als funktionierendes Gesamtsystem ausmachen und einen sicheren, regelmässigen und effizienten Flugbetrieb überhaupt erst ermöglichen.» (S. 15) Diese weitgefaste Begriffsbestimmung deutet bereits Fehrs Anspruch an: Die Entwicklung der infrastrukturellen Komponenten des Luftverkehrs soll umfassend dargestellt werden, was ihm in der überzeugenden Studie auch gelingt. Der Fokus der sechs chronologisch gegliederten empirischen Kapitel liegt auf den Flughäfen, den Verkehrswegen wie Lufträume und Flugstrassen sowie den Flugsicherungsanlagen und -diensten. Dass Fehr Dienstleistungen als Teil der Infrastruktur versteht, verweist darauf, dass er den klassischen Infrastrukturbegriff ausweitet.

Seine Fragestellung befasst sich mit der Grösse, den konkreten geografischen Ausprägungen und der Organisation des Infrastruktursystems. Sie fragt auch, wie seine Elemente, zum Beispiel technische Artefakte, Institutionen und Dienstleistungen, aufeinander bezogen waren. Zudem analysiert Fehr die Rahmenbedingungen, also welche gesellschaftlichen, lokalen, nationalen, globalen, aber auch staatlichen, privaten und politischen Interessen, Ideen und Konzeptionen diskutiert wurden. Vielleicht hätte sich an dieser Stelle eine eindeutiger analytische Differenzierung zwischen politischen Zielen auf kantonaler und nationaler Ebene oder zwischen privaten und wirtschaftlichen Interessen angeboten, zumal Fehr dies in den empirischen Kapiteln leistet. Als theoretisches Grundgerüst zieht Fehr den Ansatz der Grosstechnischen Systeme heran und orientiert sich insbesondere an dem von Renate Mayntz entwickelten Phasenmodell (Initialphase, Wachstum und Konsolidierung, Stasis, Niedergang). Eine starre Anwendung eines solchen Modells läuft immer Gefahr, dass sich der fließende Übergang zwischen den Phasen und

den ihnen innewohnenden Dynamiken nicht hinreichend darstellen lässt. Fehr umgeht dieses Problem, indem er schon in der Einleitung darauf verweist, dass sich die Phasen in der Praxis überschneiden würden und dies dann auch in den empirischen Kapiteln immer wieder durchschimmert.

Nach einem kurzen Abschnitt zur Pionierzeit zeigt Fehr auf, wie in der Zwischenkriegszeit der zivile Flugverkehr expandierte und wie Kantone und Gemeinden den Ausbau vorantrieben, auch weil sie sich einen wirtschaftlichen Nutzen und Prestige versprachen. Aufgrund der Bedeutung der Wirtschaftsstandorte Zürich, Basel und Genf entstand bereits damals das «Flugplatzdreieck», dessen Bedeutung mit den Plänen zum Bau eines schweizerischen Zentralflughafens Bern-Utzenstorf kurz zur Disposition stand. Die Idee eines Zentralflughafens im Mittelland der Schweiz resultierte aus einem Umdenken bei der Flughafenplanung, die fortan stärker auf nationaler Ebene erfolgte. Diese Entwicklung vollzog sich während des Zweiten Weltkriegs, den Fehr aber noch aus weiteren Gründen als eine zentrale Zäsur einstuft. So wurde infolge der Kriegsentwicklung der zivile Flugverkehr temporär eingestellt. Zudem wurde 1944 das Chicagoer Abkommen unterzeichnet, das die Gründung der internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO, umfassende Standardisierungsprozesse und den Aufbau eines internationalen Luftrechts vorsah. Diese Veränderungen leiteten die Wachstumsphase ein, die dann in den 1950er Jahren ihre Wirkmächtigkeit entfaltete. Fehr rekurriert hier auf den von Christian Pfister geprägten Begriff vom «1950er-Syndrom», um damit den enormen Anstieg der Passagierzahlen ab den 1950er Jahren in Analogie zum steigenden Energieverbrauch einzuordnen (S. 188 f.). Insofern markieren die 1950er Jahre einen weiteren wichtigen Einschnitt, zumal sich auch das «Flughafendreieck» erneut zum Knotenpunkt des zivilen Flugverkehrs entwickelte, was Fehr unter anderem an Zürich-Kloten diskutiert.

Während der Wachstumsphase zeigten sich aber auch erstmals Engstellen, die Fehr in Anlehnung an den Technikhistoriker Thomas P. Hughes als «*reverse salients*» klassifiziert. Zum Beispiel stellte der enorme Anstieg des Flugaufkommens und der verstärkte Einsatz von Düsenflugzeugen ab den 1960er Jahren die Flugsicherung vor Probleme, da die höheren Fluggeschwindigkeiten neue Anforderungen aufkommen liessen. Neue Techniken wie die digitale Datenübertragung und computergesteuerte Radarbilder halfen, diese Schwierigkeiten einzugrenzen. Überdies stellten die neuen Flugzeuge den Flughafen- ausbau vor Herausforderungen. Die Düsenflugzeuge benötigten längere Pisten, was sich schnell umsetzen liess. Die entsprechenden Hochbauten, um die steigenden Passagierzahlen abzufertigen, fehlten anfangs zunächst jedoch noch. Darüber hinaus kam es auch verstärkt zu Konflikten. Einerseits stellten Streiks bei der Flugsicherung eine wirtschaftliche Herausforderung für Flughafenbetreiber dar. Andererseits verbreiteten sich innerhalb der schweizerischen Gesellschaft Forderungen nach Schutzmassnahmen für Anwohner vor Fluglärm wie Nachtflugverbote. Fehr verweist hier auf die «1970er-Diagnose» und meint damit, dass in dieser Dekade das Mensch-Umwelt-Verhältnis neu definiert worden sei.

Abschliessend behandelt Fehr die Veränderungen der 1980er Jahre, die er unter die Schlagworte «Regionalisierung, Liberalisierung und Multimodalität» stellt.

Fehrs lesenswerte Studie sei nicht nur jedem nahegelegt, der sich für die Entwicklung der zivilen Luftfahrt im 20. Jahrhundert interessiert. Sie ist auch anschlussfähig an jüngere Studien, die sich mit der architektonischen Gestaltung von Flughäfen oder den Protesten gegen Fluglärm auseinandersetzen oder aber die Expansion des Tourismus behandeln.<sup>4</sup> Überdies erfährt der Leser, wie lokale und nationale Prozesse in einen internationalen Kontext eingebettet waren.

*Christopher Neumaier, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam*

Romy Günthart, Erich Günthart, **Spanische Eröffnung 1936. Rotes Zürich, deutsche Emigranten und der Kampf gegen Franco**, Zürich: Chronos, 2017, 203 Seiten.

Die Spanische Eröffnung gehört zu den häufig gespielten Zugfolgen am Beginn von Schachpartien. Um Schach geht es im anzuzeigenden Buch zwar nur am Rande, ohne das Spiel wären sich aber Walter Günthardt und Heinrich Bräm, zwei zentrale Protagonisten des Buches, möglicherweise nie begegnet. Die beiden hatten sich nämlich im linken Café Boy in Zürich-Aussersihl beim Schachspiel kennengelernt und schon bald zog Bräm als Untermieter bei der Familie Günthardt ein. Hier kommt dann die zweite Bedeutung der Spanischen Eröffnung ins Spiel: Der Putschversuch von Teilen des spanischen Militärs gegen die demokratisch gewählte Volksfront-Regierung im Juli 1936 mündete in einen dreijährigen Bürgerkrieg, der aufgrund seiner ideologischen Prägung, seiner «totalen» Kriegführung sowie seiner mannigfaltigen transnationalen Aspekte als Ouvertüre zum Zweiten Weltkrieg betrachtet werden kann. Zahlreiche Antifaschisten aus dem Ausland machten sich zur Unterstützung der bedrohten Republik auf den Weg nach Spanien. Zu den ersten von ihnen gehörten Walter Günthardt und Heinrich Bräm. Sie wurden indessen noch vor dem Grenzübertritt nach Frankreich von den Schweizer Behörden verhaftet. Bräm gelangte dann in einem zweiten Anlauf doch noch nach Spanien, während Günthardt keine weiteren Versuche zum Verlassen der Schweiz mehr unternahm.

Das anzuzeigende Buch ist in mehrerlei Hinsicht speziell: Zunächst weist es einen starken familiären Bezug auf. Der Autor Erich Günthart ist Sohn eines zentralen Protago-

---

<sup>4</sup> Vgl. Sonja Dümpelmann, *Flights of Imagination. Aviation, Landscape, Design*, Charlottesville / London 2014; Anke Ortlepp, Jim Crow, *Terminals. The Desegregation of American Airports*, Athens, Georgia 2017; Bret Edwards, *Aeromobile Sprawl. Mass Air Travel and its Socio-Environmental Impact in 1970s Canada*, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History* 14/3 (2017), S. 442–464; Moritz Glaser, *Urlaub als Umweltbelastung. Kritik am Paradigma «Wohlstand durch Tourismus» in Spanien während der 1970er-Jahre*, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History* 14/3 (2017), S. 420–441.

nisten, die Literaturwissenschaftlerin Romy Günthart dessen Enkelin. Das Buch gerät aber gleichwohl nicht zur Familiengeschichte, sondern zu einem «Experiment» (S. 13), das sich an Clifford Geertz' Konzept der «dichten Beschreibung» orientiert. Durch eine breite Quellenbasis sollen die Ereignisse des zweiten Halbjahres 1936 in chronologischer Abfolge möglichst nah an den im Zentrum stehenden Protagonisten beleuchtet werden. Tatsächlich beeindruckt das Buch durch eine sehr umfangreiche Quellenrecherche in staatlichen Archiven, dem Schweizerischen Sozialarchiv und dem Archiv für Zeitgeschichte, die ergänzt wird durch mündliche Zeitzeugenbefragungen sowie die Auswertung der zeitgenössischen Presse, literarischer Werke und von Memoirenliteratur. Nichtsdestotrotz nimmt sich das Autorenduo auch die Freiheit, Lücken in der Quellenüberlieferung – viele Vorgänge spielten sich ja im Verborgenen ab und manche Spuren wurden bewusst verwischt – «erzählerisch zu füllen» (S. 16).

Nach und nach entwickelt sich so eine faszinierende Mikrostudie der Dreiecksdynamik zwischen dem linkssozialistischen und kommunistischen Milieu des Roten Zürich, deutschen Emigranten im Transit nach Spanien und den helvetischen Behörden in der Zeit zwischen August und Dezember 1936. Bekannte und weniger bekannte Figuren, deren Lebenswege sich in der zweiten Jahreshälfte 1936 überkreuzten, werden mit zahlreichen biographischen Vor- und Rückgriffen porträtiert. Aus den Reihen der Zürcher Linken gehören dazu nebst Günthardt und Bräm etwa der Spanienfreiwillige Rudolf Sigg, der Kunsthistoriker Hans Mühlestein und der prominente Kommunist und Spanienkämpfer Otto Brunner, seitens der deutschen Flüchtlinge der Kommunist Hans Beimler, der dann im Dezember 1936 in Spanien unter nach wie vor nicht geklärten Umständen ums Leben kam, und die kommunistischen Schriftsteller und Journalisten Hans Marchwiza, Hans Kahle und Ludwig Renn. Letzterer hatte vorübergehend in Günthards Wohnung in Zürich-Wiedikon verkehrt und diesem eine Lithografie von Heinrich Zille geschenkt. Von all diesen Personen werden nicht nur die politischen Biographien und gegebenenfalls das literarische Wirken vorgestellt, sondern auch das familiäre Umfeld, die berufliche und finanzielle Situation in der wirtschaftlichen Krisenzeit der 1930er Jahre sowie Kontakte zu und Konflikte mit den Schweizer Behörden rekonstruiert.

Insgesamt ist *Spanische Eröffnung 1936* ein faszinierendes Buch, das gut lesbar auf ungewöhnliche Art und Weise interessante Einblicke in die deutsche antifaschistische Emigration der frühen 1930er-Jahre, die Thematik der Schweizer Spaniensolidarität, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten Gegenstand verschiedener Publikationen sowie einer politischen Rehabilitationsdiskussion gewesen ist, sowie in ein spezifisches Milieu des generell relativ schlecht erforschten Roten Zürich vermittelt.

*Christian Koller, Zürich*

Martin Steinacher, **Maurice Bavaud – verhinderter Hitler-Attentäter im Zeichen des katholischen Glaubens?** Berlin: LIT, 2015 (Anpassung – Selbstbehauptung – Widerstand, Band 38), 128 Seiten.

Drei Aussagen sind im Zusammenhang mit dem Hitler-Attentäter Maurice Bavaud unumstritten: Wäre sein Vorhaben gelungen, wäre der Menschheit viel Leid erspart geblieben. Das Vorgehen des Missionarsschülers war beharrlich, aber nicht professionell. Die eidgenössischen Behörden in Bern sowie deren Vertretung in Berlin haben den am 14. November 1938 verhafteten und am 14. Mai 1941 hingerichteten Schweizer schmähslich im Stich gelassen. Die drei wichtigsten Streitfragen lauten: War Bavaud ein Wahnsinniger mit einem absurden Motiv oder handelte er als Nazi-Gegner? War er ein Einzeltäter oder das Opfer einer «*Folie à deux*»? Sind Aussagen unter dem Fallbeil glaubwürdiger, wenn sie in der Hoffnung auf die Rettung des eigenen Lebens oder wenn sie im Bewusstsein der Unausweichlichkeit dessen Verlustes gemacht werden?

Der deutsche Historiker Martin Steinacher ist im Rahmen einer Staatsexamensarbeit an der Münchner Maximilian-Ludwig-Universität einer weiteren Frage, die bereits Niklaus Meienberg im Film und im Buch «Es ist kalt in Brandenburg»<sup>5</sup> beschäftigt hat, systematisch nachgegangen: War Bavaud ein katholischer Überzeugungstäter? Dabei geht der Autor vom «einzigsten öffentlichen Bekenntnis» (S. 4) des gescheiterten Attentäters aus, das dieser am 18. Dezember 1939 vor dem Volksgerichtshof abgegeben hat. Laut Urteilsbegründung hatte er Hitler töten wollen, weil er die «Persönlichkeit des Führers und Reichskanzlers für eine Gefahr für die Menschheit [halte], vor allem auch für die Schweiz, deren Unabhängigkeit der Führer bedrohe. Vor allem aber seien kirchliche Gründe für seine Tat bestimmend gewesen: denn in Deutschland würden die katholische Kirche und die katholischen Organisationen unterdrückt». Er glaubte, «mit seiner geplanten Tat der Menschheit und der gesamten Christenheit einen Dienst zu erweisen» (S. 5). In den Gestapo-Verhören, denen Bavaud vom 24. bis zum 31. Januar 1939 ausgeliefert war, hatte er behauptet, im Auftrag einer «einflussreichen Persönlichkeit» gehandelt zu haben. Später, als Bavaud wieder Hoffnung auf eine schweizerische Intervention hegte, kam er in einem von sechs Briefen an die Eltern, welche die Gestapo nicht weiterleitete, auf die Behauptung eines «Auftraggebers» (S. 89) zurück. Die erstmalige Nennung eines Namens, Maurice Gerbohay, sollte diesem nach der Besetzung Frankreichs das Leben kosten.

Im Sinne seiner «Leitfrage» stellt Steinacher zuerst die Verfolgung des Katholizismus seit 1933 vor. Dann geht er auf die Wirkung ein, welche die nazikritische Enzyklika «Mit brennender Sorge» vom 21. März 1937 auf den damaligen Internatszögling Bavaud und seine Mitschüler gehabt haben muss. Die päpstliche Verlautbarung kritisierte insbesondere die Verletzung des Reichskonkordats, das der Vatikan 1933 mit Hitlerdeutschland

<sup>5</sup> Niklaus Meienberg, *Es ist kalt in Brandenburg*. Ein Hitler-Attentat, Zürich 1980.

geschlossen hatte. Darauf widmet sich Steinacher der tiefreligiösen Jugend Bavauds, des ältesten Sohns einer einfachen und kinderreichen Familie im protestantischen Neuenburg. Der Ministrant Maurice, der als Kind vor einem kleinen Hausaltar die Messe zu feiern pflegte, verbrachte viel Zeit in der Bibliothek, wo er alles Mögliche las, von der sozialistischen «*Sentinelle*» bis zur faschistischen «*L'Action Française*». Seine Lieblingsautoren waren neben den Russen Gogol und Tschechow der rigorose Moralist Blaise Pascal, der skeptische Humanist Michel Montaigne, der vitalistische Philosoph Henri Bergson sowie der pazifistische Praktiker Ghandi. Diese weltoffene Lektüre und die Mitgliedschaft im Arbeiterverein St. Josef hinderten ihn nicht daran, 1934 als 18jähriger Lehrling für ein halbes Jahr beim rechtsextremen Front National mitzumachen.

Als 19-Jähriger fasste Bavaud den Berufswunsch, Missionar zu werden und trat deshalb im Oktober 1935 mit anderen Westschweizern in das bretonische Internat St. Ilan ein. Trotz aller Opferbereitschaft war dem an persönliche Freiheiten gewohnten Neuenburger das Schulregime zu rigid. Ohne Studienabschluss verliess er St. Ilan im Juli 1938 wieder. Was diese entscheidende Zeit betrifft, räumt Steinacher der Freundschaft Bavauds zu seinem Mitschüler Marcel Gerbohay viel Platz ein. Mit dem Franzosen teilte der Schweizer das «gemeinsame Faible für Literatur aller Art» (S. 39). Gerbohay, der im Institut als Phantast galt, behauptete, der Neffe von Nikolaus II. zu sein und mit Hilfe Hitlers auf den Zarenthron gelangen zu wollen. Gemäss Klaus Urners Bavaud-Studie sollen «die beiden verwandten Seelen» diesen «Wahn» in einer «*Folie à deux*» geteilt haben.<sup>6</sup> Zuerst habe der Auftrag an Bavaud gelautet, Hitler zu einem Ostfeldzug zu überzeugen. Nach dem Münchner Abkommen, das laut Gerbohays späteren Aussagen gegenüber der Gestapo die Hoffnung eines Krieges gegen die Sowjetunion zerschlagen habe, erhielt Bavaud die Anweisung, Hitler umzubringen. Dass Gerbohay eher ein geltungssüchtiger Aufschneider als ein Wahnsinniger war, zeigt die Tatsache, dass er 1941 unter geänderten Umständen mit einigem Erfolg behauptete, der Sohn de Gaulles zu sein.

Auch wenn laut Meienbergs Recherchen und Steinachers Einschätzung «von einer besonders antihitlerischen Stimmung im Internat nichts zu spüren gewesen sei», gab es doch Diskussionen über die Ermordung des Führers. Steinacher zitiert aus Urners Buch einen Schweizer Mitschüler Bavauds, für den damals festgestanden habe, «dass der deutsche Fanatiker, der die Kirche unterdrückte, Andersdenkende niederknüppelte, die Juden verfolgte und seine Nachbarstaaten bedrohte, getötet werden müsse, bevor er noch grösseres Unheil anrichte.» Solche «keineswegs abwegig anmutenden Ideen» dürften laut Steinacher auf Bavaud «weitaus mehr Anziehungskraft besessen haben, als die kuriosen Hirngespinnste des zeitweilig konfusen Freundes» (S. 42). Zudem kann Bavaud die wachsende Distanz des kranken Papst Pius IX. zu den deutschen und italienischen Konkor-

6 Klaus Urner, *Der Schweizer Hitler-Attentäter. Drei Studien zum Widerstand und seinen Grenzbereichen*, Frauenfeld / Stuttgart 1980, S. 229.

datspartnern anlässlich des «Anschlusses» Österreichs im März und des Hitler-Besuches beim Duce im Mai 1938 nicht entgangen sein.

Detailliert setzt sich Steinacher ausgehend von der pazifistischen Gesinnung Bavauds, die auch im Zusammenhang mit der eigenen Wehrpflicht zum Ausdruck kam, mit der Frage nach dem «Tyrannenmord im christlich-katholischen Glauben» auseinander. Da dürfte Niklaus Meienbergs Hinweis auf den Zusammenhang zwischen Missionsgedanken und Bereitschaft zum Martyrium Bavauds Persönlichkeit besser erfasst haben. Dessen Entscheidung zum Tyrannenmord fiel mit dem Münchner Abkommen, der Kapitulation westlicher Demokratien vor den Nazis, Ende September 1938. Dabei dürfte die deutliche Kritik des katholischen Oberhauptes Bavaud bestärkt haben. Ab dem 2. Oktober spielte Bavaud gegenüber deutschen Medien und gegenüber Verwandten in Baden-Baden, zu denen er am 10. Oktober gezogen war, den überzeugten Nationalsozialisten. Am 20. Oktober kaufte er in Basel eine Pistole mit allzu schwachem Kaliber, reiste damit zuerst nach Berlin, dann nach Berchtesgaden und schliesslich nach München, um irgendwie an Hitler heran zu kommen. Dabei ging er durchaus geplant und raffiniert vor, bis er sich nach dem endgültigen Scheitern auf der Zugfahrt Richtung Westen ohne Billet, was nochginge, aber mit Pistole verhaften liess.

Steinacher bringt nicht nur starke Argumente für Bavaud als katholischen Überzeugungs- und überlegten Einzeltäter. Er hat auch zwei starke Einwände gegen die «These vom wahnhaften und fremdgesteuerten Attentäter». Es gibt «bis zum heutigen Tag» keinen Beweis für «eine psychische Störung oder gar eine Psychose» (S. 98). Und hätte die «stets nach konspirativen Hintermännern suchende» Gestapo Bavauds Behauptung vom «Auftraggeber» die geringste Glaubwürdigkeit geschenkt, hätte sie den Namen des «vermeintlichen Anstifters» zur Ermordung Hitlers «kurzerhand aus ihm herausgefoltert» (S. 80). Aber sie kümmerte sich vom 31. Januar bis zum 18. Dezember 1939 nicht mehr um den Attentäter. Zwischenzeitlich stellte der Universitätsprofessor Müller-Hess ein Gutachten aus, in dem er Bavaud als «strenggläubigen Katholik» einstufte, der «den Katholizismus durch den Nationalsozialismus für gefährdet gehalten» habe und «als religiöser Fanatiker» glaubte, «die angebliche Gefahr beseitigen zu können» (S. 84).

Martin Steinachers Buch ist ein starkes Plädoyer dafür, religiösen Glauben als Handlungsmotiv wahr- und ernstzunehmen. Eine kritische Bemerkung sei am Schluss trotzdem angebracht: Hie und da erscheinen die Kirche und der Vatikan widerständiger, als sie in Wirklichkeit gewesen sind. Bavaud taugt ebenso wenig zur Beschönigung des damaligen Verhaltens des offiziellen Katholizismus wie zu dem der offiziellen Schweiz. Sein Handeln muss seine Kirche wie sein Land, die sich allzu anpasslerisch verhalten haben, erst recht beschämen.

*Josef Lang, Bern*

Thomas Notz, **Quellen zur Schweizer Geschichte seit 1945**, Bern: hep, 2018, 240 Seiten, 108 Abbildungen.

Die Sammlung «Quellen zur Schweizer Geschichte seit 1945» ist ein wertvolles Ergebnis studentischer Arbeiten an der PH Bern, welche der Gymnasiallehrer und PH-Dozent Thomas Notz initiiert, moderiert, redigiert und in eine für den Unterricht auf der Sekundarschulstufe II nutzbare Form gebracht hat. Er knüpft damit an die Quellensammlung «Das Werden der modernen Schweiz», Band 2, an, welche 1989 erschien und die Zeit ab 1914 bis Mitte der 1980er Jahre abdeckte. Die neue Quellensammlung umfasst nun inhaltlich kohärent die gesamte Nachkriegszeit. Im Vergleich zu früheren Sammlungen wird der Quellenbegriff deutlich ausgeweitet: Ton- und Film- sowie neue Quellenbestände werden nun berücksichtigt. So ist eine für den Unterricht willkommene Sammlung von knapp 200 Materialien über die Schweizer Zeitgeschichte entstanden.

Eine Quellensammlung will, einem Mosaik ähnlich, ein Geschichtsbild entwerfen, dessen Einzelteile sichtbar bleiben. Wie bei einem Mosaik kommt es dabei auf drei Komponenten an: (1.) die Qualität der Einzelteile, (2.) die Verbindungskraft zwischen ihnen und (3.) den Rahmen, den das Mosaik ausfüllen soll.

1. Die Qualität der Quellen besteht durch deren Vielfalt (Texte, Faksimiles, Karikaturen, Fotografien, Diagramme und Tabellen, Ton- und Filmquellen, welche über eine Linksammlung auf der Verlagsseite abzurufen sind). Jede Quelle umfasst eine Buchseite, ist also nicht einfach ein Schnipsel, aber bleibt überblickbar. Filmquellen sind mit Filmbildern festgehalten, Tonquellen transkribiert. Die Quellen sind vorbildlich nach Gattungen gekennzeichnet, ihre äusseren Daten einheitlich notiert und ihre Herkunft aus oft entlegenen Beständen hinten im Buch nachgewiesen. Die aufwändige Forschungsarbeit förderte im Wortsinn «exquisite» Quellen zutage, die durch ihren Interpretationsüberschuss faszinieren: Sie sind nicht einfach Belege für eine Aussage des Herausgebers, sondern entfalten ein Eigenleben. Wenn etwa eine Journalistin progressiv gegen das Konkubinatsverbot vom Leder zieht und gleichzeitig die 1967 noch diskriminierten Homosexuellen beneidet, weil sie unangefochten zusammenleben durften, stockt einem der Atem (Quelle 1.6). Bundesrat Enrico Celios Aussage von 1950: «Wir stehen am Beginn einer Periode der Arbeitslosigkeit» zeigt die Unvorhersehbarkeit der Geschichte (8.2). Die nüchterne Argumentation eines Gewerkschafters für die Senkung des Frauenrentenalters von 62 auf 60 (!) Jahre: «Einen alten Kellner [...] nimmt jedermann in Kauf [...]; bei der älteren 'Kellnerin' [...] ist die äussere Erscheinung vielfach geradezu bestimmend [...]» macht bewusst, wie weit das Jahr 1964 zurückliegt (7.2). Nicht nur die Text-, sondern natürlich auch die Bild-, Film-, Tonquellen, Faksimiles, Diagramme, Karten und sogar «trockene» Tabellen enthalten erhellende Erkenntnisangebote (etwa 7.17). Die Schüler/-innen werden unmittelbar mit Quellen konfrontiert; bisweilen wären Begriffserklärungen hilfreich, etwa bei Statistiken (Beispiel 5.33) oder bei Namen (Beispiel 7.14). Den Lehrpersonen bietet das übersichtliche Handbuch eine ausführliche Erläuterung zu jeder Quelle mit einer Charakterisierung, einer Schilderung des historischen Zusammenhangs und weiter-



führender Literatur, die man zur neusten Schweizer Geschichte sonst mühsam zusammensuchen muss.

2. Zur Verbindungskraft unter den Mosaiksteinchen beziehungsweise den Einzelquellen: Die vorliegende Quellensammlung erfüllt die Voraussetzungen für die von der Fachdidaktik unter dem Stichwort «Interpretationskompetenz» geforderte Arbeit mit Quellensets statt Einzelquellen vorbildlich. Die Quellen ergänzen sich (Beispiel 5.6 und 5.7), überlappen sich (3.16, 3.17), widersprechen sich (6.5, 6.5; 7.3, 7.4), zeigen eine Entwicklung auf (6.3, 6.4) oder lassen sich aufgrund gleicher Ausgangslage fruchtbar vergleichen (6.14, 6.15). Ihre Anordnung legt eine Clusterung zu Sets nahe, aber drängt sie nicht auf. Wie bei einem Mosaik muss man die Zwischenräume zwischen den Quellen selbst füllen. So entstehen in den Köpfen der Schüler/-innen vielfältige Bilder der Schweizer Zeitgeschichte; bisweilen erscheint vergangene Zeitgeschichte ganz nah, wie in einer Warnung vor Atomkraftwerken aus dem Jahr 1947 (5.21), bisweilen ganz neu, wie in den Dokumenten über die Rolle der Schweiz während der Kubakrise 1962 aus der dodis-Dokumentation (8.5, 8.6, vgl. 8.7). Die virtuos assortierten Quellen vermitteln immer wieder neue Aspekte und lassen die Zeitgeschichte schillern.

3. Thomas Notz' Mosaik füllt auch den thematischen Rahmen: Die acht Kapitel zum gesellschaftlichen Wandel, zur Parteienlandschaft, zur Wirtschaft, zur Migration, zum Thema «Energie, Verkehr und Umwelt», zur Sicherheits- und zur Aussenpolitik lassen kaum Lücken offen. Nicht nur wird die Schweizer Geschichte bis in die Gegenwart erfasst, sondern in den Statistiken oft auch der Vergleich mit dem Ausland ermöglicht. Für die Schüler/-innen interessant wären noch die beiden Themen Bildungslandschaft (Stichworte: Bildungseuphorie, Öffnung der weiterführenden Schulen für junge Frauen, Aufwertung der Berufslehre, Spezialisierungsmöglichkeiten usw.) und die Dritte Technische Revolution, in der sie stehen und die ihr Leben bestimmen wird. Aber keine der in der Sammlung enthaltene Quelle möchte man missen und Geschichte bleibt bekanntlich immer unvollständig. Jedenfalls ist eine wertvolle Unterlage für den Unterricht entstanden, für welche wir Lehrer/-innen Thomas Notz dankbar sind; auch dessen Studierende, deren Arbeiten nicht einfach in der Schublade verschwinden, sondern in der Publikation gewürdigt und verdankt werden, haben vermutlich mehr als reine Theorie über die Quellenarbeit gelernt.

Das Werk ist ansprechend gestaltet und solide gebunden. Am Finish hätte noch etwas geschliffen werden können: Mindestens 18 orthografische oder Wortverwechslungsfehler lassen einen beim genauen Lesen, wie es für einen Quellentext nötig ist, stocken; die fehlende Transkription der Tonquelle 5.11 ist nicht einsichtig.

*Hans Utz, PH Luzern*

Peter-Paul Bänziger, Magdalena Beljan, Franz X. Eder, Pascal Eitler (Hg.), **Sexuelle Revolution? Zur Geschichte der Sexualität im deutschsprachigen Raum seit den 1960er Jahren**, Bielefeld: transcript, 2015 (1800 | 2000 Kulturgeschichten der Moderne), 337 pages, 4 illustrations.

Cet ouvrage propose une quinzaine de contributions débattant la notion de «révolution sexuelle» dans la sphère germanophone. Les chapitres le composant sont développés sous trois problématiques: les visibilités des sexualités, leurs politisations et leurs normalisations. Ces thèmes sont abordés comme des productions culturelles, ce qui confère une grande originalité d'approche. Les coéditeu-trice-s marquent dans l'introduction leur volonté de dépasser l'idée d'une évolution linéaire de la libération sexuelle. Comme le relève Dagmar Herzog dans l'article de conclusion, la révolution sexuelle est pétrie d'ambivalences en Europe de l'Ouest. Insérée dans des progrès médico-techniques du début des années 1960, à l'exemple de la pilule contraceptive, la sexualité est proclamée «libre» et «révolutionnaire» au cours des années 1970. Libre de la contingence de la procréation pour les femmes. Dans le même temps, intégrée dans une culture consumériste. Révolutionnaire et parachevant les mouvements de contestation de l'autoritarisme par la proclamation publique de l'intime. Toutefois, les corps sexués sont normalisés par de nouvelles règles de droit et les mouvements contestataires deviennent plus ou moins institutionnalisés par les appareils étatiques.

Une ambivalence analytique provient du fait que les termes de libération et de révolution sexuelle ont été proclamés par les mouvements sociaux eux-mêmes. Chacun a défini sa propre «année zéro». Ces acteurs et actrices sont-ils et elles pour autant en rupture avec leur passé et leur histoire nationale? La libéralisation des sexualités est-elle le résultat d'un progrès de la part d'un Occident «éclairé» par des idéaux démocratiques ou l'effet de théories révolutionnaires portées par une «Nouvelle gauche» estudiantine antifasciste? En raison des fortes influences germaniques sur les constructions médico-légales et socio-politiques des sexualités en Suisse, ce livre revêt un intérêt majeur pour les historien-ne-s travaillant sur ces thématiques. Cette recension reprend certaines études en apportant des explications sur des spécificités allemandes quand nécessaire. L'angle culturel au sens large peut en outre contribuer à enrichir le champ des recherches historiographiques sur le genre dans l'espace francophone.

Les visibilités des sexualités sont étudiées sous le prisme des productions érotiques qui remettent en cause une stricte opposition entre «nature» et «contre-nature». Comme le relève Elisabeth Heineman, l'appareil judiciaire des années 1950–1960 est composé de juges ayant eu une carrière sous le régime nazi. Leurs procès sur les objets et actes licencieux maintiennent des interprétations nazies. Pourtant, l'augmentation des ventes par correspondance d'objets sexuels destinés aux hétérosexuel-le-s prouve que le non-naturel n'est pas perçu comme tel par les consommateur-trice-s ouest-allemand-e-s. Ceux-ci sont des préservatifs, des godemichés, des anneaux péniens, des vibromasseurs ou encore des livres. Ils se situent dans la continuité d'une érotisation inscrite dans le

cosmopolitisme weimarien. Néanmoins, il se maintient toujours une opposition entre les produits destinés aux femmes, érotisés comme naturels, et aux hommes conçus comme plus déviants. La nudité et ses représentations photographiques s'inscrivent dans une seconde continuité d'avant 1933. Le livre d'éducation sexuelle analysé par Christin Sager, *Zeig Mal! (Regarde donc!)*, montre que les photographies minimisent les différences entre les corps juvéniles féminins et masculins. Les textes accompagnateurs continuent toutefois de valoriser les rôles de la petite famille bourgeoise héritée du XIX<sup>e</sup> siècle. Au cours des années 1980, ce manuel est considéré comme pédopornographique car il a été plébiscité par les milieux pro-pédophilie.

La «pédophilie» est un objet difficile à appréhender dans l'espace historiographique francophone. Elle est le plus souvent réduite à l'homosexualité masculine sans définir la maturité sexuelle ou non de l'enfant. Dans la troisième partie consacrée aux normalisations des sexualités, Jens Elberfeld démontre qu'il est plus fructueux de penser les années 1960–1970 comme étant celles d'un passage juridique et politique entre l'interdiction et le consentement à l'acte sexuel. La notion de «sexualité juvénile», «*Kindliche Sexualität*» ou encore «*Pädosexualität*», permet d'appréhender cette période comme étant celle du développement de politiques publiques de prévention au nom de la liberté sexuelle. Cet axe préventif se retrouve autant dans l'éducation sexuelle que dans la prévention du VIH/sida. Comme dans les autres pays européens, la compréhension de la transmission sexuelle du VIH/sida, non réduite à l'homosexualité, autorise un discours sans précédent sur le préservatif. Celui-ci réduit la frontière entre le sexe «normal», hétérosexuel et procréatif, et «anormal» (Magdalena Beljan). On peut même dire que ce discours a permis une seconde normalisation de la pilule contraceptive par sa banalisation. La promotion de la stabilité sexuelle par les partis catholiques pour lutter contre l'épidémie participe en outre à une forme de contre-révolution aux idéaux soixante-huitards. Les normalisations passent enfin par la biologisation des sexualités. Le poids croissant des groupes pharmaceutiques dans la santé sexuelle modifie la donne. Le préservatif et la pilule sont érotisés. Les médicaments contre la ménopause et le Viagra façonent, avec le concours de la psychiatrie, un corps âgé devant être actif sexuellement (Annika Wellmann).

Dans la sphère germanophone, cette médicalisation des corps sexués débute dans les années 1920 par les thérapies hormonales. Elle accompagne le développement d'une biopolitique de l'orgasme, pronataliste durant le régime nazi puis individualisée au nom d'un idéal démocratique. Comme le démontre la partie centrale de l'ouvrage, les politisations ne se réduisent pas aux militantismes. Les mutations des discours et les controverses sur les conceptions religieuses et psychologiques des sexualités y participent également. Imke Schmincke montre pour sa part de profondes continuités entre le féminisme du début du XX<sup>e</sup> siècle et celui des années 1970 sur la centralité de la sexualité. Deux aspects sont à signaler. D'une part, la République de Weimar a connu un vaste mouvement de réforme sexuelle au cours des années 1920 servant de matrice à l'essor

post-guerre d'un discours médiatique sur la limitation du *baby-boom*. D'autre part, les théories féministes radicales et les pratiques en groupe d'auto-expérimentations étatsuniennes trouvent un rapide écho parmi les féministes germanophones. Enfin, Benno Gammerl relativise la rupture au sein du mouvement homosexuel des années 1970. Les théories de la naturalité des homosexualités offrent un socle de longue durée. En effet, le premier mouvement homosexuel a été fondé par le psychiatre Magnus Hirschfeld qui postulait la naturalité face au paradigme de la dégénérescence à la fin du XIX<sup>e</sup> siècle. Les conceptions naturalistes sont ensuite amplement relayées par les mouvements homophiles. L'ambivalence des années 1970 se situerait ainsi dans une opposition entre la promotion d'un déterminisme par les homophiles et la revendication d'une non-fixité de l'objet de désir par les mouvements «révolutionnaires». Ces derniers s'inscrivent dans la continuité de la psychanalyse germanique et de son postulat de bisexualité fondamentale. Ils sont cependant rapidement minorisés. Le culte de l'homosexualité virile promu par la «libération gaie» étatsunienne renforce la tradition homophile de critique des attitudes efféminées dans le «milieu».

*Thierry Delessert, Université de Lausanne*

Fabienne Amlinger, *Im Vorzimmer der Macht? Die Frauenorganisationen der SPS, FDP und CVP, 1971–1995*, Zürich: Chronos, 2017, 410 Seiten.

Die Untersuchungen zu politisch aktiven Frauen der 1970er bis 1990er Jahre fokussierten bis anhin in erster Linie auf die Neue Frauenbewegung und allenfalls noch auf den Wandel der traditionellen Frauenorganisationen, sparten dabei allerdings die parteipolitisch gebundenen Frauenverbände aus. Dieses Manko behebt die vorliegende Dissertation der Berner Historikerin Fabienne Amlinger.

Sie berücksichtigt dabei nur die Frauenorganisationen der drei Regierungsparteien SP, FDP und CVP, da die SVP keine solche Gruppierung kannte. Während die Sozialdemokratinnen bereits seit 1917 über eine gesamtschweizerische Organisation verfügten, gründeten die freisinnigen Frauen erst 1949 einen Dachverband und die CVP Frauen suchten sich erst nach Einführung des Frauenstimmrechts eine organisatorische Struktur zu geben. Allen drei Organisationen gemeinsam war ihre Funktion, neue Parteimitglieder zu werben, diese politisch zu schulen und inner- wie ausserhalb der Partei sogenannte Frauenanliegen zu vertreten. Die von Amlinger gewählte Zeitspanne der Untersuchung von 1971 bis 1995 ist definiert über zwei für die Schweizer Politik zentrale Zäsuren: die formelle Inklusion der Schweizer Bürgerinnen ins Feld des Politischen zum einen und die Skandalisierung der Nichtwahl von Christiane Brunner zur Bundesrätin als Ausdruck des faktisch noch immer andauernden Ausschlusses der Frauen von der politischen Macht zum andern. Erst die von Frauen erkämpfte Wahl von Ruth Dreifuss setzte der rein männlichen Zusammensetzung der Regierung ein Ende.

Mit der Verknüpfung von politik- und geschlechtergeschichtlichen Fragestellungen reiht sich die Untersuchung ein in die kulturhistorisch geprägte «neue Politikgeschichte».

Zentraler Begriff dieses Ansatzes ist die Macht, die im Sinne von Foucault alle sozialen Bereiche durchdringt. Ein- und Ausschlussregeln werden über Sprache vollzogen. Dabei fragt Amlinger anlehnend an Bourdieu, ob die neu ins Feld der Politik eintretenden Frauen von den dort bereits etablierten Männern als ebenbürtig anerkannt werden und damit zu vollberechtigten Akteurinnen avancieren. Mit James Scotts Ansatz des *«hidden transcripts»* verweist Amlinger auf die Möglichkeiten der Frauen als den in der geschlechter-spezifischen Anordnung Unterworfenen, versteckt Kritik an den von den Machthabenden definierten Normen, Regeln und Praktiken zu äussern. Nach James Scott besteht allerdings in *«rare moments of political electricity»* die Chance, dass diese Kritik in öffentlich sichtbaren Widerstand kippt. Ein solches Moment war nach Amlinger die Nichtwahl Christiane Brunners. Mit Rekurs auf *«hidden transcripts»* zeigt sie, wie es die Frauenorganisationen schafften, ihre politischen Vorstellungen in das von Männern dominierte Feld der Parteipolitik einzubringen, aber auch – wie im Kontext des Brunner-Skandals – öffentlich Opposition zu markieren. Grundlegend für die Studie ist Joan W. Scotts Verständnis von Geschlecht als fundamentaler analytischer Kategorie. Der lange Ausschluss der weiblichen Bevölkerung von der politischen Mitbestimmung sowie die von Männern erschaffenen normativen Settings, Werte und Praktiken formierten die institutionelle Politik der Schweiz als einen, so Amlinger, *«historisch bedingte[n], hochgradig entlang der Trennlinie Geschlecht strukturierte[n] Gesellschaftsbereich»*.

Nicht nur theoretisch, sondern auch methodisch geht die Untersuchung von heterogenen Ansätzen aus. Mit dem Deuten und Erklären von Texten geht die Autorin historisch-hermeneutisch vor, sucht aber in den Schriften der parteieigenen Frauenorganisationen zugleich über diskursanalytische Verfahren nach dominanten Wahrnehmungs- und Deutungsmustern bezüglich Macht- und Geschlechterverhältnissen. Schliesslich ergänzen Oral-History-Interviews mit Exponentinnen der parteieigenen Organisationen den methodischen Mix.

In den drei Hauptkapiteln zu den Frauenorganisationen der SP, der FDP und der CVP wird jeweils nach der strukturellen Entwicklung, dem innerparteilichen Machtverhältnis zwischen den Geschlechtern, den thematischen Schwerpunkten und politischen Tätigkeiten sowie dem Geschlechterdiskurs gefragt. Die Geschichte der parteiinternen Stellung der Sozialdemokratinnen, die sich als erste organisierten, ist dabei die interessanteste und vielfältigste. Galten bis in die 1930er Jahre bessere Arbeitsbedingungen, die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und die Einführung der Mutterschaftsversicherung als wichtigste Anliegen, verengte sich der Fokus bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs auf Themen wie Familie und Mutterschaft, um sich nach 1945 wieder zu öffnen für eine verbesserte Absicherung in der AHV, das Frauenstimmrecht und die Lohn-gleichheit. In der Partei selber war das Gewicht der SP-Frauen gering, zwischen 1920 und 1950 wurde an den Parteitag mit dem Frauenstimmrecht ein einziges Mal ein sogenanntes Frauenthema diskutiert. Viel einflussreicher war die Organisation auch nach 1950 nicht. Das Zusammenfallen der Einführung des Frauenstimmrechts mit den Anfän-

gen der Neuen Frauenbewegung entfachte auch innerhalb der sozialdemokratischen Frauenorganisation eine Dynamik, die sich zu einer eigentlichen Streitkultur entwickelte. Gestritten wurde zum einen zwischen den Frauen selbst und mit den weiterhin tonangebenden Genossen zum andern. Das jahrzehntelange Einstehen für das Frauenstimmrecht machte die SP 1971 attraktiv für das parteipolitische Engagement von Frauenrechtlerinnen, die linken Aktionsformen und das Einstehen für den Schwangerschaftsabbruch attraktiv für feministische Aktivistinnen. Standen die älteren SP-Frauen diesen neu in die Partei eintretenden jungen Feministinnen eher abwartend bis ablehnend gegenüber, wurden die Frauenstrukturen durch deren Engagement längerfristig gestärkt. Der zunehmend konfrontativ geprägte Stil der SP-Frauen zwang auch die Parteileitung, sich mit dem Verhältnis von Sozialismus und Feminismus auseinanderzusetzen. Im neuen Verständnis war die unterprivilegierte Stellung der Frauen nicht mehr die Folge des Klassengegensatzes, sondern der patriarchalen Gesellschaftsstrukturen. Trotz Loyalität zur Partei scheuten sich die SP-Frauen nicht, mit Störaktionen an den Parteitagen Dissens öffentlich zu machen und so bereits in den 1980er Jahren die *«hidden transcripts»* zu durchbrechen. Durch den demonstrierten Kampfwillen konstruierten sie sich ein Selbstbild als ebenso feministische wie fähige politische Akteurinnen im Bourdieuschen Sinn. Sie forderten allerdings nicht nur die Genossen heraus. Als einzige Frauenorganisation einer Regierungspartei propagierten sie 1991 den Frauenstreik, eine Voraussetzung für den von der Basis getragenen Druck, der zur Skandalisierung der Nichtwahl von Christiane Brunner führte.

Die 1949 gegründete Vereinigung der freisinnigen Frauen trat 1950 der FDP bei. Die Partei ordnete ihr die sozialpolitischen Anliegen zu, akzeptierte die Frauen allerdings nicht als gleichwertige Staatsbürgerinnen. Noch 1959 konnte sich die FDP nicht zu einem Ja für das Frauenstimmrecht durchringen und beschloss Stimmfreigabe. 1967 nahm sie auf Anregung ihrer Frauenorganisation zwar die politische Gleichberechtigung ins Parteiprogramm auf, doch nur als Prozess, der schrittweise über die Kantone zu erfolgen sollte. Erst 1970, in Anbetracht der bevorstehenden Einführung des Frauenstimmrechts, empfahlen die Parteidelegierten die «Frauen sofort als vollberechtigte Mitglieder in die Partei aufzunehmen». Dennoch kümmerte sich auch nach 1971 einzig die freisinnige Frauenorganisation um die rund zwei Millionen Neuwählerinnen. Über die Gefahr, dass eine spezifische Frauenorganisation der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung in der Partei Voranschub leistete, machten sich einige wenige Mitglieder durchaus Gedanken, so beispielsweise die ehemalige Präsidentin Regula Frei-Stolba: Die Männer hätten die unbequemen Themen abschieben und «sich den wesentlichen Fragen, nämlich Finanzen zuwenden» können. Trotz geringer Beachtung ihrer politischen Anliegen durch die Parteileitung und der Unterrepräsentation in den Machtpositionen kam es nur selten zu öffentlich ausgetragenen Konflikten, am medienwirksamsten bei Parteiaustritten wie dem der Bernerin Leni Robert oder der Thurgauerin Ursula Brunnen. Diese Konflikte brachen nach Amlinger nicht auf, weil sich «Frauen in Bereiche einmischten, die den Männern

wichtig waren, sondern weil sie sich in Bereichen kompetent machten, die von Männern abgewertet wurden», also in entwicklungs-, sozial- und umweltpolitischen Fragen. Das Argument, diese Frauen politisierten zu links, erwies sich als eigentliche Disziplinierungsmassnahme, urteilt rückblickend eine weitere ehemalige Präsidentin gegenüber Amlinger. So hielten sich die Frauenorganisation mit Forderungen zurück und die Kritik blieb behutsam, die *«hidden transcripts»* wurden kaum durchbrochen. Das Selbstverständnis der freisinnigen Frauen war geprägt von der Selbstverantwortung des Individuums, einem Emanzipationskonzept, das die gleichberechtigte Integration und Partizipation der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen impliziert. So thematisierten sie neben der Gleichstellung in Bildung und Beruf dezidiert das neue Eherecht. Entsprechend dem Grundsatz «Gleiche Rechte, gleiche Pflichten» erörterten sie ebenso den Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung wie die Erhöhung des Rentenalters der Frauen.

Leitparole der CVP-Frauen dagegen war «Partnerschaft» im Sinne der Ergänzung von Mann und Frau als gleichwertig, aber je anders. Familienpolitik war dabei ein Schwerpunkt ihrer Tätigkeiten. Eine längerfristige organisatorische Struktur entstand nach verschiedenen Versuchen erst im Laufe der 1970er Jahre und hatte das Ziel, Wählerinnen zu gewinnen und die politische Schulung von Frauen voranzutreiben. Doch neben der Organisation der CVP-Frauen Schweiz setzten sich in den 1990er Jahren parteiinternen weitere Stellen wie die Subkommission Gleichstellung von Frau und Mann für eine Verbesserung der Situation der Frauen ein. In deren Papieren tauchte erstmals auch der Begriff «Feminismus» auf. Und nach der Nichtwahl von Christiane Brunner kam es von Frauenseite zu heftiger Kritik an der Stellung der Frauen innerhalb der CVP. Als Reaktion darauf schuf die Partei eine Stelle für politische Frauenfragen, die sich dafür einsetzte, dass auch Männer sich der Frauenförderung anzunehmen haben. Dies sei eine existentielle Frage für die CVP, wenn sie nicht die Frauen und die Jungen an die Linke verlieren wolle. So gelang es den CVP-Frauen, im Gefolge von Frauenstreik und Brunner-Skandal innerparteilich vermehrt Einfluss zu nehmen, nachdem ihre Anliegen im ersten Jahrzehnt nach 1971 entweder kaum zur Kenntnis genommen worden waren, oder aber harsche Kritik erfahren hatten, so etwa die Unterstützung eines umfassenden Mutterschutzes. Denn die CVP-Frauen veröffentlichten seit 1983 bei allen nationalen Abstimmungen eigene Stellungnahmen. Zu Divergenzen zur offiziellen Parteilinie kam es in den Folgejahren bei der zehnten AHV-Revision, dem Einbezug von Frauen in die Gesamtverteidigung, beim neuen Eherecht oder bei der Vergewaltigung in der Ehe. Es ist auch dem Generationenwechsel in der Leitung der Frauenorganisation zu verdanken, dass sich diese nicht scheute, dezidiert von der Parteileitung abweichende Positionen einzunehmen. Der Brunner-Skandal fungierte als Katalysator für dieses zumindest teilweise Durchbrechen der *«hidden transcripts»*. Parallel dazu rückten die CVP-Frauen immer deutlicher von der anfänglichen Differenzlogik und der Rhetorik der Partnerschaftlichkeit ab: Fortan wollten sie nicht nur bei sozialen und frauenspezifischen, sondern auch bei allen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen als gleichwertige Partnerinnen mitarbeiten.

In ihrer zusammenfassenden Konklusion verweist Amlinger mit einer kritischen Ergänzung nochmals auf die Bourdieuschen Ausführungen zum Feld der institutionalisierten Politik. Auch nach 1971 waren die formal gleichberechtigten Akteurinnen, obwohl sie sich vielfach an den normativ-diskursiven Rahmen des politischen Feldes angepasst hatten und die Spielregeln beherrschten, geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und Herrschaftsmechanismen unterworfen. Ihre mit der vorliegenden Untersuchung belegte These lautet, dass Geschlecht selbst als eine Art Zusatzkapital fungiert. Vor 1971 war Männlichkeit eine in der Bundesverfassung verankerte Kapitalform, doch änderte sich nach der Öffnung des Feldes Politik für die Frauen an den Machtverhältnissen trotzdem nur wenig: Männlichkeit *blieb* eine zentrale Kapitalform. «Bourdieu's Opposition von Adaption und Paradigmenwechsel soll deshalb um die Alternative einer längerfristigen Transformation der Regeln und Normen erweitert werden», schliesst Amlinger. Denn einen solchen Wandel hat sie bei allen von ihr untersuchten Parteien nachzeichnen können, wenn auch in unterschiedlicher Form und in unterschiedlichem Ausmass.

Weil die Untersuchung bei allen drei Organisationen die gleichen vier Schwerpunkte behandelt, kommt es zu Redundanzen. Doch erst diese gleichförmige Strukturierung der Hauptkapitel ermöglicht den Vergleich, der für die Positionierung der Frauenorganisationen und ihrer unterschiedlichen Strategien bezüglich Zugang zu den Machtpositionen von der Jahrtausendwende bis heute höchst aufschlussreich ist. So leistet die Berner Historikerin eine differenzierte und aufschlussreiche Analyse der Entwicklung nicht nur der Frauenorganisationen, sondern auch der Parteien als Ganze.

*Elisabeth Joris, Zürich*

Philippe Rygiel, *Historien à l'âge numérique. Essai*, Villeurbanne: Presses de l'Enssib, 2017, 207 Seiten

Historiker im digitalen Zeitalter? Der Titel des hier anzuzeigenden Buches – ohne Fragezeichen – macht neugierig. Stärker als andere Publikationen zum Thema, die sich disziplinären, methodischen oder projektbezogenen Fragen widmen, befasst sich das Buch mit den Auswirkungen des digitalen Wandels auf die Arbeit, den Beruf und den Berufsstand des Historikers.

Philippe Rygiel, Professor für Zeitgeschichte an der École normale supérieure de Lyon, ist mit Jahrgang 1965 alt genug, um in seiner Ausbildung die vordigitale Geschichtswissenschaft kennengelernt, und jung genug, um als Nachwuchswissenschaftler die Informatisierung aktiv mitgemacht zu haben. Als quantitativ arbeitender Sozialhistoriker mit Spezialgebiet Migrationsgeschichte gehörte er ab Mitte der 1990er Jahre zu den Pionieren der computergestützten Geschichtswissenschaft in Frankreich und hat deren Entwicklung von überschaubaren «Werkstätten» zu komplexen «Grossunternehmen» kritisch begleitet.

Ähnlich wie Roy Rosenzweigs postum erschienener Essayband *Clio wired* (2011) vereint der vorliegende Band von Rygiel verschiedene Texte, die früher bereits andernorts



veröffentlicht worden sind und in Bezug auf ihren Entstehungskontext, ihren thematischen Fokus und ihre Länge ein beträchtliches Spektrum aufweisen. Während die Beiträge in Rosenzweigs Buch thematisch geordnet sind, folgen diejenigen von Rygiel der Chronologie; wer sein Buch von vorne bis hinten liest, begibt sich auf eine Zeitreise durch zwei Jahrzehnte geschichtswissenschaftlichen Computereinsatzes und Beschäftigung mit dem Thema. Auf diese Weise zeugt Rygiels Essayband zugleich von der Historizität des digitalen Wandels in der Geschichtswissenschaft, der kein abgeschlossenes Ereignis, keine Disruption, sondern einen noch immer andauernden, systemischen Prozess darstelle. Auch «das Digitale» selbst sollte nicht reifiziert, sondern als eine Vielzahl unterschiedlicher Praktiken verstanden werden (S. 17–21, 28, 33).

Der Band setzt sich aus einer 30-seitigen Einleitung und 13 Beiträgen zusammen, die ursprünglich zwischen 1998 und 2014 veröffentlicht worden sind. Die Beiträge/Kapitel sind ohne nähere Begründung zu zwei Teilen gruppiert, vermutlich aufgrund ihrer Relevanz und Gültigkeit für die Leserinnen und Leser in der Gegenwart: *Archéologie d'une pratique* (Kapitel I–VI) und *Réflexivités réticulaires* (Kapitel VII–XIII). Jedem Kapitel ist ein typographisch hervorgehobener Ingress vorangestellt, der den Entstehungskontext erläutert. Inhaltlich wurden die Beiträge nicht aktualisiert; angepasst worden sind einige kontextspezifische Formulierungen sowie, sofern die entsprechenden Websites noch existieren, die URLs.

In den einzelnen Kapiteln geht es unter anderem um eine Typologie von Webdiensten für Zeithistoriker; die erste geschichtswissenschaftliche Onlinezeitschrift in französischer Sprache *Clio*; Quellenkritik und Archivierungsfragen im Netz; die Internetauftritte der französischen Departementsarchive; Begriff und Funktion von Webportalen; ein gescheitertes Vermittlungsprojekt zu *Histoire et mémoire des migrations en régions*; den Wert von Datenproduktion und -aufbereitung; Recherchieren, Schreiben und neue Formen der (kollektiven) Wissensproduktion im vernetzten elektronischen Umfeld; digitale Forschungsinfrastrukturen; das Web als geschichtswissenschaftliche Quelle; den medialen, das heisst im medientheoretischen Sinne vermittelnden Charakter des Internets; die deontologische Verantwortung der Historiker; den Digital Turn in der Geschichtswissenschaft.

Wiederholt konstatiert Rygiel ein Desinteresse, ja Misstrauen vieler Historiker gegenüber dem Digitalen in der Geschichtswissenschaft. Erst im letzten, 2014 entstandenen Kapitel erkennt er diesbezüglich einen klaren Bewusstseinswandel, der sich ab den 2010er Jahren an einer Flut von analysierenden, aber auch programmatischen Veröffentlichungen zu Digital Humanities, Digital History, «Historiker 2.0», «Érudit 3.0» etc. zeige. Mittlerweile sei evident, dass Netzinformatik mehr bedeute als eine Perfektionierung der Schreibmaschine und des Telefons (S. 180). Rygiel verweist auf die Gefahr, bei der Beurteilung des digitalen Wandels, des damit verbundenen Erkenntnispotenzials und der Folgen für die handwerklich-methodischen Grundlagen der Geschichtswissenschaft entweder in eine beschwichtigende Rhetorik zu verfallen, wonach letztlich doch alles beim

Alten bleibe, oder aber umgekehrt in prophetischer Manier etwas radikal Neues anzukünden (S. 70). Diese Spannung gilt es aufzuzeigen und auszuhalten.

Ferner beklagt Rygiel immer wieder den Mangel an mathematischen und informatiktechnischen Kenntnissen unter Historikern, mithin den im Hinblick auf den digitalen Wandel pitoyablen Zustand der geschichtswissenschaftlichen Ausbildung (in Frankreich). Nicht dass jeder Historiker ein Informatiker werden müsse – doch die Herausbildung und Wertschätzung einer «ingénierie en sciences humaines» sei dringend vonnöten (S. 96). Damit gehe freilich eine zunehmende Spezialisierung, Arbeitsteilung und auch Hierarchisierung einher: «Numérisation ne rime donc pas forcément avec démocratisation et moins encore avec égalité.» (S. 126) Doch nur wenn die Historiker an Prozessmodellierung, Korpusbildung, Datenstrukturierung und -auswertung mitbeteiligt seien – was entsprechende Grundkenntnisse bedinge –, werde es ihnen gelingen, Akteur und integraler Bestandteil der Produktionskette (geschichts-)wissenschaftlichen Wissens zu bleiben (S. 189). Die Historiker müssten sich zudem proaktiv in die digitale Öffentlichkeit einbringen, um den Anschluss an die technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen nicht zu verpassen.

Rygiel setzt wichtige Akzente, die in anderen Veröffentlichungen zum Thema kaum Beachtung finden. Allerdings überantwortet seine «Quellensammlung», die verschiedene editorische Mängel aufweist, die Analyse- und Synthesearbeit weitgehend den Leserinnen und Lesern. Einschlägige Publikationen wie Peter Habers *Digital Past* (2011) und Guido Kollers *Geschichte digital* (2016) bieten hier einen deutlich systematischeren Zugang.

David Zimmer, Bern